

BULLETIN N°87 - Juni 2024

NACHRICHT DES PRÄSIDENTEN

Liebe Mitglieder,

Am Vorabend der Europawahlen ist es für uns als ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments von entscheidender Bedeutung, unsere Bemühungen zur Verteidigung der parlamentarischen Demokratie und unserer gemeinsamen Vision eines geeinten und leistungsfähigen Europas fortzusetzen.

Wir wissen bereits, dass die Europäische Union Antworten auf Fragen suchen und finden muss, die sie sich seit 30 Jahren nicht mehr gestellt hat. Europa wird sich nicht mehr auf den gemeinsamen Markt und den Wohlstand konzentrieren, auch nicht auf einen neuen Kapitalmarkt und neue Finanzierungskonzepte, auch nicht auf eine Art Green Deal, sondern auf Sicherheit und Verteidigung.

Ein neues Europa wird der Welt zeigen müssen, wofür es steht:

- Europäische Interessen und europäische Werte, europäische Kultur und europäischer Frieden werden weiterhin Gewicht in der Welt und Bedeutung für die Welt haben.
- Eine Bedeutung für Freiheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Menschlichkeit in der Welt und für die Welt.
- Eine Bedeutung als Orientierung und als Motor für eine humane Zukunft unseres Planeten.

In unserer nächsten Ausgabe des Newsletters werden wir unsere Publikation den EU-Wahlen "Man bekommt, was man wählt" widmen und ich bin sicher, dass wir interessante Überlegungen dazu erhalten werden.

Unsere Vereinigung war das ganze Jahr über aktiv und hat sich an vielen verschiedenen Aktivitäten und Programmen beteiligt. Besonders erwähnenswert ist unser erfolgreicher Besuch in Belgien, der am 8. und 9. April stattgefunden hat. Sie können fünf Artikel von unseren Mitgliedern über diesen interessanten Besuch lesen.

Der Juni-Newsletter befasst sich mit dem „Stand der öffentlichen Finanzen auf drei Ebenen: lokal, national und europäisch“, gibt einen Einblick in die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, und stellt die Finanzberichte der Institutionen vor. Er enthält aufschlussreiche Analysen aktueller Themen wie Überlegungen nach den Wahlen, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die EU, den israelisch-palästinensischen Konflikt und die Verteidigung der sozialen Rechte angesichts der Wettbewerbsfähigkeit des Marktes.

Wir schätzen ihren anhaltenden Enthusiasmus und ihre Unterstützung für das Programm „EP to Campus“ sehr. Viele Mitglieder hielten Vorträge und nahmen an Veranstaltungen zu den EU-

Wahlen teil und brachten jungen Menschen innerhalb und außerhalb Europas nuancierte und pluralistische Perspektiven nahe. Unsere Vereinigung ist weltweit engagiert, mit laufenden Partnerschaften in Lateinamerika. Im August ist ein Programm an der Universität von Uruguay geplant, ein weiteres in Kolumbien ist noch in der Diskussion. Unsere Kooperationen und Partnerschaften mit dem Maison Jean Monnet und der UIE sind ebenfalls eine wichtige Stärke unseres Programms.

Darüber hinaus haben wir unsere fruchtbaren Beziehungen zu den Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments weiter ausgebaut. Mit Unterstützung von EPLO Italien werden wir am 3. Juli unsere Liborum-Veranstaltung organisieren, die der Veröffentlichung von „Il parlamento europeo - The European Parliament“ von Andrea Manzella gewidmet ist. Diese Veranstaltung war eine wertvolle Gelegenheit, um über die Ergebnisse und Folgen der EU-Wahlen zu diskutieren.

Sie werden in Kürze Informationen über das Programm unseres Besuchs in Ungarn erhalten, der am 24. und 25. Oktober 2024 in Budapest stattfinden wird. Merken Sie sich den Termin vor, damit Sie sich für die Teilnahme an der FMA-Delegation bewerben können, sobald die Anmeldungen geöffnet sind.

Im Rahmen unserer jährlichen Veranstaltungen haben wir die Ehre, Präsident Herman Van Rompuy, ehemaliger Präsident des Europäischen Rates (2009-2014), Premierminister von Belgien (2008-2009) und Sprecher des Repräsentantenhauses (2007-2008), als Gastredner für den jährlichen Cocktail-Empfang und das Abendessen am 3. Dezember im Europäischen Parlament in Brüssel anzukündigen. Die jährlichen Veranstaltungen der FMA werden am 4. Dezember mit unserem Jahresseminar und Liborum fortgesetzt. Diese besonderen Veranstaltungen bilden den Höhepunkt eines Jahres voller intensiver Aktivitäten und Programme und bieten neu gewählten und ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments die Möglichkeit, sich zu treffen und die wichtigsten Themen der kommenden Legislaturperiode zu diskutieren. In Kürze erhalten Sie weitere Informationen über die kommenden FMA-Veranstaltungen für den Herbst 2024.

Zu Beginn dieses entscheidenden Jahres lade ich die scheidenden Mitglieder des Europäischen Parlaments ein, sich unserer geschätzten Gemeinschaft ehemaliger Parlamentarier anzuschließen, wo sie mit ihrer Erfahrung und ihrem Engagement weiterhin einen großen Einfluss auf die Zukunft unserer Union haben können. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass viele scheidende Mitglieder des Europäischen Parlaments bereits ihr Interesse bekundet und sich für eine Mitgliedschaft in unserer Vereinigung beworben haben. Lassen Sie uns gemeinsam unser Engagement für die Förderung der europäischen Einheit und der parlamentarischen Demokratie durch das vielfältige Angebot an Programmen und Aktivitäten unserer Vereinigung bekräftigen.

Ich danke Ihnen allen für Ihren Beitrag zu dieser Ausgabe des Newsletters.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, reading "Klaus Hänsch". The script is cursive and fluid, with the first letters of each word being capitalized and prominent.

Klaus Hänsch,

Präsident der AAD

AKTUELLE NACHRICHTEN

NACH DEN EUROPA-WAHLEN

Die zehnte Legislaturperiode des „direkt gewählten“ Europäischen Parlaments steht vor der Tür, während die Nachwirkungen der Kriege, die das doppelte Herz Europas berühren, noch nicht überwunden sind. Ein geografisches und politisches Herz von Kiew bis Odessa; ein historisches Herz „vom Jordan bis zum Meer“. Zu Beginn der Legislaturperiode wird das Europäische Parlament sofort die Führung im Governance-Mechanismus der Union übernehmen: mit der Wahl (in geheimer Abstimmung und mit absoluter Mehrheit) des Präsidenten der Kommission, der „Exekutive“, die bis 2029 amtieren wird.

Natürlich wird der Vorschlag für diese Ernennung vom Regierungsrat gemacht, der die Ergebnisse der Wahlen im Juni „berücksichtigt“. Und in der Tat haben sich die Regierungen bereits weit im Voraus um eine Einigung über einen möglichen Kandidaten bemüht. Aber letztendlich muss jeder Pakt - sei es durch eine Vereinbarung zwischen den Regierungen oder durch eine Übereinkunft zwischen den Parteien - den Test der geheimen Wahl mit der schwer fassbaren Mehrheit bestehen. Wenn der Kandidat der Regierung die parlamentarische Prüfung nicht besteht, muss der Rat einen anderen Namen „erfinden“, der dem Parlament passt, wenn er dessen Veto überwinden will.

Diese konstituierende Wahl markiert auch den Moment der maximalen Autonomie des Europäischen Parlaments gegenüber den Regierungen im Rat. Dann beginnt, wie in jeder normalen Form der parlamentarischen Demokratie, der Kreislauf der Regierung aus Rat und Kommission. Die eine wird für die „Impulse“ und „Prioritäten“ der europäischen Politik zuständig sein, die andere für deren Umsetzung im „allgemeinen Interesse“ der Union. Das Parlament hat keine gesetzgeberische Initiative, sondern Kontroll- und Änderungsfunktionen: politische Befugnisse, die in der Dynamik des europäischen Regierens auf jeden Fall von strategischer Bedeutung sind. Unter anderem, weil sie mit der parlamentarischen Funktion einhergehen, die in der europäischen Öffentlichkeit vorherrschenden Meinungen und Stimmungen in den Integrationsprozess einzubringen. Dieses „Parlament jenseits der Staaten“ wird trotz seiner begrenzten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten zu einem Subjekt des politischen Einflusses und der Einigung.

Es ist dieses institutionelle Kapital, das die „erweiterten politischen Familien“ der einzelnen EU-Länder inmitten von tausend Spannungen anstreben.

Vor allem, weil die Europawahlen nicht nur über die Zusammensetzung des Parlaments und die Entscheidung über das Regieren der Union bestimmen, sondern auch - reflexartig - das Gewicht, das jedes nationale Staatsoberhaupt im Rat „zählt“: indem es seine „Zahlen“ im Europäischen Parlament und seine Stabilität im eigenen Land aufeinander abstimmt. Unter

diesem Gesichtspunkt besteht eine enge Verbindung zwischen der europäischen und der nationalen parlamentarischen Demokratie.

Darüber hinaus hat die letzte Legislaturperiode mit ihrer kreativen Bewältigung mehrerer „Krisen“ - Finanzkrise, Pandemie, Krieg - die Untrennbarkeit zwischen der europäischen Politik und dem Alltagsleben der 27 Länder gezeigt. In den letzten Tagen der 9. Legislaturperiode hat das Parlament auch seine Geschäftsordnung in einigen strategischen Punkten geändert. Das Legislativverfahren bietet nun Möglichkeiten zur Vereinfachung: zum einen, weil das Verfahren in den gemischten Ausschüssen erleichtert wurde, zum anderen, weil nichtständige Sonderausschüsse für Projekte eingesetzt werden können, die mehrere Themen betreffen. Nochmals: Mit der Entschließung vom 22. November 2023 hat das „alte“ Parlament dem neuen eine Fülle von Ideen und Projekten hinterlassen, die nicht ignoriert werden dürfen, wenn das Tempo der Integration und der Erweiterung wieder aufgenommen und beibehalten werden soll.

Die Regierungen und die parlamentarischen Fraktionen sind bereit, ein entscheidendes Spiel zu spielen und die „harten Steine“ der europäischen Integration anzupacken - mit den strategischen Wirtschaftsinstrumenten, mit der verstärkten Zusammenarbeit -, von denen in den Berichten von Draghi und Letta die Rede ist: um über die „Welt von gestern“ hinauszugehen.

Andrea Manzella

PSE, Italien (1994-1999)

an.manzella@gmail.com

Die Europäische Union

Kapitel 2

Im Vertrag von Lissabon, dem Gründungspakt Europas, heißt es: „Das Ziel der Union ist die Förderung des Friedens“. Dieser Satz ist keineswegs eine Grundsatzklärung, die Raum für viele Zugeständnisse lässt, sondern eine grundlegende Forderung, ohne die die Union keine Chance hat, weiter zu bestehen.

Vor neun Monaten wurde in der Zeitschrift der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter freundlicherweise ein Artikel von mir mit demselben Titel wie der heutige Artikel veröffentlicht. Darin habe ich mich über die Zweideutigkeit beklagt, die die Kommission und den Europäischen Rat dazu veranlasst hat, die humanitäre Hilfe für die Ukraine mit der Beteiligung am Krieg gegen Russland in einen Topf zu werfen. Ersteres sei legitim, letzteres widerspreche dem Auftrag der Union. Nichts veranschaulicht dies besser als der Trick, der die Kommission veranlasste, den Krieg über die Europäische Friedensfazilität zu finanzieren. Mir schien, dass Ursula von der Leyen und ihre Kollegen von ihrem Auftrag abwichen. Sie hatten kein verfassungsrechtliches Mandat für solche Handlungen erhalten.

Damals mögen meine Einwände überflüssig erschienen sein. Die Erfolge der ukrainischen Truppen deuteten auf ein schnelles Ende des Krieges hin. Der Bruch des Vertrags von Lissabon würde durch einen durchschlagenden Sieg überdeckt werden. Die Zeit hat gezeigt, dass dies eine Illusion war. Der Krieg ist nicht zu Ende. Die Kommission und der Europäische Rat mussten erkennen, dass ihre Maßnahmen nicht ausreichten, um Putin zurückzudrängen. Sie hielten es für unabdingbar, das Engagement der Union in diesem Krieg voranzutreiben: Einerseits verstärkten sie ihre militärische Unterstützung für die Regierung in Kiew, andererseits verpflichteten sie sich, die Ukraine in Europa zu integrieren. Die Zweideutigkeit, die mich im Frühjahr letzten Jahres beunruhigt hat, hat sich in ein Treiben verwandelt.

In der Vergangenheit hat keiner der achtundzwanzig Beitritte zur Union so viele Probleme aufgeworfen. Alle betroffenen Völker waren mit sich selbst und mit ihren Nachbarn in Frieden. Sie alle sind der Union beigetreten, ohne militärische Hilfe erhalten zu haben. Sie alle haben von Anfang an dazu beigetragen, dass die Union zum Frieden berufen ist. Diesmal wird der Ausgang eines Krieges über das Schicksal der ukrainischen Kandidatur entscheiden. Solange die Kämpfe andauern, hat die Integration der Ukraine in Europa keine Chance, aber die Union, die in ihrem Griff gefangen ist, wird verpflichtet sein, die ukrainische Armee „so lange wie nötig“ zu unterstützen.

An dem Tag, an dem sie damit aufhören, wird vielleicht ein Beitritt möglich sein. Allerdings kann heute niemand sagen, in welchem Teil des ursprünglichen Territoriums die derzeitige

Regierung in Kiew ihre Autorität weiterhin ausüben wird. Die Union entfernt sich von ihrer Berufung und geht ein ebenso riskantes wie kostspieliges Spiel ein. Wenn sie verliert, was bleibt dann noch von einer Kommission übrig, die vergeblich gegen einen Vertrag verstoßen hat, dessen Hüterin sie ist?

Meines Erachtens könnte die Verwicklung der Union in einen Krieg das europäische Projekt so weit verzerren, dass es in Gefahr gerät. Es ist nicht sicher, dass die 27 Völker der Union ihren Führern auf diesem neuen und gefährlichen Weg folgen werden.

Derzeit zeigen die Wahlabsichten für das nächste Europäische Parlament einen Anstieg der euroskeptischen und nationalistischen Parteien. Dies ist kein gutes Zeichen.

Michel Pinton

NA, Frankreich (1993-1994)

michel.pinton@orange.fr

SOZIALE RECHTE FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES MARKTES

"Das europäische Projekt besteht aus externer Wettbewerbsfähigkeit und der dafür notwendigen internen Solidarität. Das eine ist eine Voraussetzung für das andere. Die Solidarität baut auf dieser externen Wettbewerbsfähigkeit auf. Die äußere Wettbewerbsfähigkeit wiederum erfordert die innere Solidarität."

-Jaques Delors

Am Dienstag, den 16. April 2024, unterzeichneten die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die Sozialpartner und die Mitgliedstaaten in La Hulpe (Belgien) eine gemeinsame Erklärung über die Zukunft der europäischen Säule sozialer Rechte. Zwei Tage später stellte Enrico Letta seinen Bericht über den Binnenmarkt und die europäische Wettbewerbsfähigkeit vor.

Das Zusammentreffen dieser beiden Ereignisse war eine weitere Bestätigung dafür, dass soziale Rechte und Wettbewerbsfähigkeit Hand in Hand gehen. Die europäische Säule sozialer Rechte und ihre Rolle als Kompass und Diskurs gegen Krisen sind wichtiger denn je, angesichts der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Steuerung der Union, des Beginns einer neuen Legislaturperiode in Brüssel im Jahr 2024, der bevorstehenden Überprüfung des Aktionsplans 2025 für die europäische Säule sozialer Rechte und im Kontext des Krieges in der Ukraine, der „Lebenshaltungskosten“-Krise, des ökologischen und digitalen Übergangs und der Fragmentierung der politischen Landschaft.

Die Europäische Säule sozialer Rechte hat die Form einer interinstitutionellen Erklärung, die im November 2017 in Göteborg (Schweden) von den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Rates unterzeichnet wurde. Sie enthielt zwanzig analytische Abschnitte und zwanzig spezifische Grundsätze oder Rechte in Bezug auf den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und sozialen Schutz.

Als damaliges Mitglied des Europäischen Parlaments hatte ich das Privileg, an der Ausarbeitung und den Verhandlungen zur Fertigstellung des Textes der Europäischen Säule sozialer Rechte teilzunehmen. Dabei wurden die unterschiedlichen Ansätze und Vorstellungen hinsichtlich des Inhalts und der Stellung der Säule deutlich. Ein Ansatz vertrat die Auffassung, dass die Säule ein höheres Maß an Verpflichtungen auf Unionsebene enthalten sollte, in Übereinstimmung mit den geltenden Regeln des makroökonomischen Rahmens und den Bestimmungen des Binnenmarktes. Der andere Ansatz vertrat die Auffassung, dass die Sozialpolitik grundsätzlich das Vorrecht der nationalen Regierungen sei.

Das Endergebnis spiegelt daher beide Ansätze wider. Die Säule wurde als wichtige Aktualisierung der bestehenden sozialen Standards und Verpflichtungen der Union und als Fahrplan für die weitere Verbesserung ihrer sozialen Dimension anerkannt. Im Laufe der Jahre wurde diese Rolle durch die Verabschiedung des Aktionsplans für die Umsetzung der Säule und die Einführung des Sozialanzeigers im Rahmen des Europäischen Semesters ausgebaut.

Es besteht jedoch nach wie vor der Eindruck, dass die sozialen Bestimmungen den Erfordernissen der makroökonomischen und haushaltspolitischen Steuerung untergeordnet bleiben. Dieses Gefühl hat sich bei der Vorbereitung und Verabschiedung der Erklärung von La Hulpe noch verstärkt. Zwei Mitgliedstaaten, Schweden und Österreich, enthielten sich der Stimme, ebenso wie die europäischen Unternehmensverbände.

Es ist klar, dass diese politischen Differenzen im neuen Parlament zum Tragen kommen werden. Nichtsdestotrotz sollte die Erklärung einen wichtigen neuen Impuls für die Entwicklung einer widerstandsfähigen und weltweit wettbewerbsfähigen Sozialunion geben, einen kohärenten sozialen Aktionsplan für den nächsten Zyklus 2024-2029 fördern und einen starken sozialen Bezugspunkt für die strategische Agenda 2024-2029 des Europäischen Rates darstellen.

Georgi Pirinski

S&D, Bulgarien (2014-2019)

georgi.g.pirinski@gmail.com

Gibt es eine friedliche Lösung für Israel/Palästina?

Während meiner Amtszeit als Mitglied des Europäischen Parlaments (1994-2004) war ich Mitglied der Delegation des Parlaments für Israel/Palästina. Außerdem war ich Mitglied der Konservativen Freunde Israels und der Parlamentarischen Vereinigung für europäisch-arabische Zusammenarbeit und half bei der Gründung der Gruppe „Freunde der Muslime in Europa“.

Mit diesen Gruppen habe ich zahlreiche Reisen in die arabische Welt und nach Israel unternommen. Ich denke oft, dass diese Reisen etwas einfacher waren, weil ich einer EU-Gruppe angehörte, als weil ich Brite war, was unweigerlich mit der kolonialen Vergangenheit verbunden ist. Ich habe diese Reisen vor dem Arabischen Frühling unternommen, und wie wir alle gesehen haben, wurde diese Zeit der Hoffnung traurigerweise beendet.

Ich erinnere mich an Besuche bei Jassir Arafat in Palästina, wo ich bereit war, seine Hand zu schütteln, aber nicht so sehr, um Küsse zu empfangen. In Damaskus besuchten wir Präsident Al-Asad, der auf mich wie ein vernünftiger Mann wirkte, umgeben von harten Kerlen. Ich schätze ein Exemplar des Korans, das mir der Präsident des saudi-arabischen Parlamentsrats bei einem Besuch in Saudi-Arabien geschenkt hat. Als er sagte, dass er uns das wertvollste Geschenk macht, habe ich mich kurz erschrocken, als ich an die Regeln des Europäischen Parlaments für die Annahme von Geschenken dachte.

Vor einem Jahr besuchte die Delegation unseres Parlaments Dschenin im nördlichen Westjordanland, wo es einen Terroranschlag mit anschließender Vergeltung durch die israelischen Verteidigungskräfte gegeben hatte. Als wir den Kontrollpunkt der israelischen Armee passierten, um die Zerstörungen zu besichtigen, die einen kleinen Ausschnitt dessen darstellten, was heute im Gazastreifen geschieht, flüsterte uns ein junger israelischer Soldat zu, der wusste, was wir sehen würden: „Wir sind gute Menschen“. In der Stadt versuchte die lokale Bevölkerung, zur Normalität zurückzukehren. Ein junger Palästinenser, der Obst verkaufte und im gleichen Alter wie der israelische Soldat war, sagte zu uns: „Erinnert euch an uns!“ Ich habe keinen von ihnen vergessen.

Den Ausdruck „vom Fluss bis zum Meer“ hörte ich zum ersten Mal in Jerusalem von einem israelischen Arbeitspolitiker, der mir erklärte, dass dies das Ziel vieler Israelis sei, ebenso wie ein jüdischer und demokratischer Staat. Der Politiker fügte weise hinzu: „Wir können nicht alle drei haben“.

Israel ist eine Demokratie in einer Region, in der dies nicht die Norm ist. Ich verurteile die von der Hamas am 7. Oktober letzten Jahres begangene Gräueltat aufs Schärfste und verstehe das

Entsetzen, das diese grausame Tat nicht nur in Israel, sondern in der gesamten demokratischen Welt ausgelöst hat.

Es ist unmöglich, die heutigen Ereignisse in Israel/Palästina zu beobachten, ohne aufrichtiges Mitgefühl für die jüdischen Familien zu empfinden, die von den schrecklichen Gräueltaten vom 7. Oktober betroffen sind, insbesondere für die unschuldigen jungen Menschen, die ein Wochenende mit Musik und Spaß verbrachten. Ebenso ist es unmöglich, die Fernsehbilder von den schrecklichen Zerstörungen in Gaza zu sehen, ohne großes Mitgefühl für die Familien und insbesondere die Kinder zu empfinden, die Zeuge des Terrors und der Zerstörung wurden. Werden diese Kinder die Freiheitskämpfer der Zukunft sein? Ist es das, was die Hamas geplant hat? Ist die israelische Regierung völlig in die von der Hamas gestellte Falle getappt?

Wie sieht die Lösung aus? Sie muss für Israelis und Palästinenser akzeptabel sein. Anfang der 2000er Jahre schien eine Zwei-Staaten-Lösung möglich. So schwierig sie auch ist, ich halte sie immer noch für möglich, weil es auf beiden Seiten gute Menschen gibt. Ich erinnere mich an die Worte, die der junge Israeli unserer Delegation im Parlament zuflüsterte ("Wir sind gute Menschen."), und an das, was der junge Palästinenser von uns verlangte ("Vergesst uns nicht!").

Roy Perry

Britischer Abgeordneter im Europäischen Parlament 1994-2004

EVP-ED-Fraktion

roy.perry123@btinternet.com

DIE EUROPÄISCHE UNION IST EIN ENGAGEMENT FÜR FRIEDEN UND NACHHALTIGEN FORTSCHRITT

Die EWG hatte sich zum Ziel gesetzt, die Schranken, die Europa teilten, zu beseitigen, um „die Verteidigung des Friedens und der Freiheit“ zu festigen. Später, als Europäische Union, machte sie die Förderung des Friedens, ihrer Werte und des Wohlergehens ihrer Völker zu ihrem Ziel und legte als Ziele ihrer Außen- und Sicherheitspolitik die Stärkung der Sicherheit der Union in all ihren Formen fest; die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, den Grundsätzen der Schlussakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, die die Außengrenzen betreffen (Art. 11, EUV).

In Anbetracht dieser Mandate und angesichts der gegenwärtigen Kriegsdrohungen an unseren eigenen Grenzen, angesichts der Zunahme bewaffneter Konflikte, von denen jeder einzelne grausamer ist und auf internationaler Ebene nicht geahndet wird, ist es unsere erste Pflicht, diese Ziele als Grundpfeiler unseres Wohlergehens buchstabengetreu zu erfüllen; Wachsam zu sein und darauf zu achten, dass die EU sie korrekt einhält, dass unsere friedenspolitischen Verpflichtungen nicht durch die Verabschiedung anderer Maßnahmen und Verordnungen, die dem entgegenstehen oder unvereinbar sind, neutralisiert oder annulliert werden, und gegebenenfalls ihre Verschiebung oder Auflösung durch verlockende und vage politische „Sirenengesänge“ oder Zukunftsversprechen abzulehnen.

Es ist dringend notwendig, diese Eskalation des Krieges unter allen Gesichtspunkten zu stoppen. Vor allem, weil sie gegen die Menschenrechte verstößt, aber auch, weil sie unsere gesamte Politik des Umweltschutzes untergräbt. Kriege sind nicht nur Schmerzensfabriken, sondern auch eine absolute Umweltzerstörung und ein brutaler Angriff auf die Natur. Dies zeigen Wissenschaftler, wenn sie darauf hinweisen, dass Syrien in 10 Jahren 20 % seiner Wälder durch den Krieg verloren hat, dass Waffenexplosionen Brände verursachen, die ohne Hilfsmittel nur schwer zu löschen sind usw. (unter Berufung auf die Studie von Angham Daiyoub, die in der wissenschaftlichen Zeitschrift *Land* veröffentlicht wurde, „War and Deforestation: Using Remote Sensing and Machine Learning to Identify the War-Induced Deforestation in Syria 2010-2019“).

Wir sollten daher die schwerwiegenden Umweltschäden, die durch die Aufrüstung verursacht werden, nicht ignorieren, zumal die Politik zur Bekämpfung des Klimawandels die größte Herausforderung für die Europäische Union darstellt: Daten aus dem Jahr 2023 zeigen, dass die Temperaturen in der Arktis die sechstwärmsten waren, die jemals aufgezeichnet wurden, und dass die durch den Klimawandel verursachten Störungen Millionen von Menschen in Europa mit weit verbreiteten Überschwemmungen und

schweren Hitzewellen ruiniert haben.

Die parlamentarische Mehrheit in Straßburg und Brüssel hat dieses Problem sehr gut verstanden und entsprechend reagiert, indem sie am Ende dieser Legislaturperiode das „Gesetz zur Wiederherstellung der Natur“ verabschiedet hat, das den Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, eine Säule des Europäischen Grünen Pakts, beinhaltet, sowie das „Gesetz über die Null-Emissions-Industrie; Netto-Emissionen“ (NZIA), eine europäische Gesetzgebung zur Förderung strategischer sauberer Industrien.

Wir sollten unsererseits in die gleiche Richtung gehen, da wir uns der wachsenden Zahl junger und alter Bürger in ihrer ganzen Vielfalt bewusst sind, die den Umweltschutz und wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel unterstützen.

María Izquierdo Rojo

PES, Spanien (1989-2004)

info@mariaizquierdo.net

EUROMUN PROJEKT DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN LYCÉE IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM HAUS JEAN MONNET

Ich habe mich sehr gefreut, eines der vier ehemaligen Mitglieder zu sein, die eingeladen wurden, an einer neuen Initiative zur politischen Bildung teilzunehmen, die in Zusammenarbeit mit dem Maison Jean Monnet organisiert wurde. Das „EuroMUN“-Projekt am deutsch-französischen Lycée de Buc hatte zum Ziel, Schüler durch Rollenspiele in Konsensbildungsprozesse im Bereich der Menschenrechte und der Demokratie einzuführen. Die Schülerinnen und Schüler nahmen an, dass sie als UN-Delegierte in verschiedenen Kommissionen mit eingeladenen Experten zusammentreffen. Monica Baldi, Vizepräsidentin der AAD und Koordinatorin des „EP on Campus“-Programms, Michael Hindley, Mitglied des Lenkungsausschusses und ebenfalls verantwortlich für das „EP on Campus“-Programm, Godelieve Quisthoudt-Rowohl und ich lieferten Hintergrundinformationen und Fallbeispiele.

Ich sprach über das Thema Menschenrechte und Wirtschaft. Da der März zum „BCorp-Monat“ ausgerufen worden war, eröffnete ich die Veranstaltung mit der erfreulichen Nachricht, dass etwa 8 000 Unternehmen weltweit inzwischen voll akkreditierte BCorp-Organisationen sind, was bedeutet, dass sie strenge Tests hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Auswirkungen bestanden haben. Die Studenten begrüßten die Nachricht, dass ein französisches Molkereunternehmen eines der wenigen großen Unternehmen ist, die sich auf den Weg des Benchmarking begeben haben, auch wenn sie sich enttäuscht über die geringe Präsenz multinationaler Unternehmen auf der BCorp-Website äußerten.

Wir diskutierten über die von der IAO und den UN-Leitprinzipien geförderten Rechte, die zwar lobenswert sind, aber leider keinen weltweiten Widerhall gefunden haben. Ich erklärte, wie die Menschenrechtskommission des Europäischen Parlaments arbeitet und wie dringende Menschenrechtsfragen in den Plenarsitzungen behandelt werden. Ich erinnerte daran, dass es nicht möglich ist, an einem Donnerstagmorgen in Straßburg eine einminütige Rede zu halten und zu wissen, dass man ein Leben retten, eine Hinrichtung verhindern, die Freilassung eines politischen Gefangenen erwirken kann usw.

Ich stellte den konkreten Fall der Zwangsarbeit von Uiguren in der chinesischen Region Xianjiang vor, wo in so genannten „Umerziehungslagern“ Angehörige der muslimischen Minderheit nach wie vor staatlicher Propaganda und verabscheuungswürdigen Praktiken wie Zwangssterilisationen ausgesetzt sind, während sie gezwungen werden, unter unmenschlichen Bedingungen in Komponentenfabriken für US-Technologieunternehmen und globale Modemarken zu arbeiten. Die Studenten schlugen daraufhin eine Entschließung vor, in der sie diese Situation verurteilten, diskutierten Änderungsanträge und gaben Empfehlungen ab. Sie bedauerten die Tatsache, dass einige Länder (darunter China) über ein Vetorecht verfügen, und wir erörterten die Notwendigkeit einer radikalen Überprüfung einiger UN-Prozesse, insbesondere im Lichte der jüngsten Ereignisse.

Wir erörterten die wichtige Rolle von Whistleblowern, woraufhin die Schüler einen ganzen Abschnitt ihrer EntschlieÙung der Stärkung der Gesetze zum Schutz von Whistleblowern widmeten, mit der neuartigen Idee einer zugänglichen Plattform (z. B. eines Fernsehsenders), die diesen unbesungenen Helden, die zur Aufdeckung von Korruption beitragen, oft zum Nachteil ihres eigenen Wohlergehens und ihrer Karriereaussichten, mehr Sichtbarkeit verleihen könnte.

Die Studenten waren sich der Macht des Marktes bewusst und drängten auf die Verhängung von BuÙgeldern und Einfuhrsteuern, um abschreckende Wirkung zu erzielen. Wir erörterten den Ansatz „follow the money“ und die Bedeutung der Aufnahme verbindlicher Menschenrechte in Handelsabkommen sowie den Einsatz von Sanktionen und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung. Es war sehr ermutigend zu sehen, dass die jungen Leute die Rolle von Organisationen wie Transparency International schätzen und mehr Mittel zur Unterstützung einer unabhängigen Überwachung fordern.

Ich war sehr beeindruckt von der Organisation der Veranstaltung, bei der Dutzende von Oberstufenschülern aus vielen verschiedenen Ländern ein Wochenende lang zusammenkamen, um sich mit sehr komplexen Themen auseinanderzusetzen. Die Gespräche mit den Lehrern waren eine Quelle wertvoller Informationen über diese neue Initiative der Staatsanwaltschaft, die gezeigt hat, dass es Hoffnung für die Zukunft gibt, wenn erfahrene politische Entscheidungsträger, engagierte Pädagogen und motivierte junge Menschen zusammenkommen, um über Wege zur Verbesserung der Gesellschaft nachzudenken.

Lassen Sie mich diesen Bericht mit einem Zitat von Professor Siobhan Rostaing abschließen, die dieses Projekt in Zusammenarbeit mit der AAD und dem Maison Jean Monnet koordinierte:

"Einige Tage nach der Konferenz kam eine Delegation von Studenten des MUN-Clubs zu mir, um den Termin für die Konferenz im nächsten Jahr festzulegen. Ihr Enthusiasmus ist größtenteils auf die einzigartige Erfahrung zurückzuführen, die Sie dank der Fülle an Wissen und direkten Informationen, die Sie zur Konferenz mitgebracht haben, gemacht haben. Wir danken Ihnen nochmals für Ihren Beitrag dazu, dass die Teilnehmer von LFAEuroMUN reflektiertere, besser informierte und engagierte Bürger Europas und der Welt sind".

Julie Ward

S&D, Vereinigtes Königreich (2014-2020)

julie4nw@gmail.com

ZUSAMMENARBEIT MIT DER EUI/HAEU

STAAT DER UNION 2024

Die vierzehnte Konferenz „Der Stand der Union“ fand vom 23. bis 25. Mai 2024 in Florenz in der Badia Fiesolana, dem Sitz des Europäischen Hochschulinstituts, und im prestigeträchtigen Salone dei Cinquecento im Palazzo Vecchio statt. Die FMA nahm bewusst nicht nur mit mir, sondern auch mit dem emeritierten Präsidenten Enrique Barón Crespo und Evelin Lichtenbergerteil.

Im Anschluss an das Treffen fand ein besonderes Gespräch zwischen Marcelo Rebelo de Sousa, Präsident der Republik Portugal, und Katerina Sakellariopoulou, Präsidentin der Republik Griechenland, statt. Der portugiesische Präsident betonte, dass es unabhängig von den Ergebnissen im Juni notwendig sei, die Einheit Europas und gute transatlantische Beziehungen aufrechtzuerhalten, den Sieg der Ukraine und eine neue Sicherheitsstrategie zum Schutz aller Bürger zu unterstützen. Er führte weiter aus, dass nach der Pandemie viele Faktoren die Widerstandsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit beeinträchtigten, wie die Inflation, die eine Erholung unserer Wirtschaft in einem neuen finanziellen Rahmen erfordere, und das komplexe internationale Umfeld, das eine angemessene Erweiterung erfordere. In Bezug auf die Erweiterung erklärte der griechische Präsident, dass dies eine einmalige Gelegenheit sei, die EU-Politik zu überprüfen und über Prioritäten zu entscheiden, indem ein besseres Gleichgewicht der Kräfte auf der Grundlage der Achtung des Rechts geschaffen werde. Daher sind Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz die Voraussetzungen, die von den Ländern verlangt werden

Voraussetzungen für die Beitrittsländer, die nicht unter dem langen und bürokratischen Verfahren leiden sollten. Viele teilten die Einschätzung von Präsident de Sousa, dass „die EU-Institutionen veraltet sind und neuen wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Gegebenheiten unterliegen“.

In diesem Jahr befasste sich die Konferenz mit Schlüsselthemen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, künftigen EU-Erweiterungen, dem digitalen Wandel und dem ökologischen Wandel.

Alles Themen, die bei den bevorstehenden Europawahlen eine wichtige Rolle spielen werden. Im Mittelpunkt stand die Nachhaltigkeit mit Diskussionen über Übergänge, regionalen Zusammenhalt und Klimawandel.

Regionaler Zusammenhalt und Klimawandel. Bei den Diskussionen über die digitale Transformation ging es um Wettbewerbsfähigkeit, digitale Infrastruktur, KI und Blockchain-Regulierung. Besonders beliebt war die Debatte über die Bekämpfung ausländischer Einmischung und Konfliktlösung in der Ukraine und im Nahen Osten. Wie Vera Jourova, die

für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, betonte, wird die bevorstehende Wahl ein „Härtetest“ für die Maßnahmen sein, die die EU zur Bekämpfung ausländischer Einmischung in den Wahlprozess ergriffen hat.

Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, forderte Europa auf, „selbstbewusster zu sein“ und „zu lernen, die Sprache der Macht zu benutzen“. Er rief zu Einigkeit und neuen Ansätzen bei der Entscheidungsfindung auf, die nur möglich seien, wenn ein politischer Wille und ein gemeinsames Verständnis der Welt vorhanden sei. Deshalb müsse sich die EU verändern, vor allem nachdem sie schnell und solidarisch auf die Pandemie und den Krieg reagiert habe, aber es sei unerlässlich, das zu langsam funktionierende System aufzurütteln. Borrell bekräftigte, dass wir ein stärkeres und geeinteres Europa brauchen, in dem Verteidigung und Sicherheit an erster Stelle stehen und die NATO eine wirksame Rolle bei der europäischen Verteidigung spielen kann, ohne dass die Mitgliedstaaten die Sicherheit weiterhin an die Vereinigten Staaten delegieren. Darüber hinaus argumentierte er, dass der Nahostkonflikt nur durch eine politische und nicht durch eine militärische Lösung gelöst werden kann.

Im Wesentlichen forderte die Konferenz, die mehrfach durch pro-palästinensische Studentenproteste unterbrochen wurde, eine „wettbewerbsfähigere EU“.

Monica Baldi

EPP-ED, Italien (1994-1999)

baldi.monica@email.it

VORTRAG VOR DEN STUDENTEN DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN FACHHOCHSCHULE FLORENZ HAEU BEGRÜSST DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE FACHHOCHSCHULE FLORENZ (ITALIEN) AM 23. APRIL 2024 AUF DEM CAMPUS

Die Historischen Archive der Europäischen Union bieten maßgeschneiderte Bildungsprogramme für Studenten an. Diese Programme zielen darauf ab, den Studenten wichtige Themen im Zusammenhang mit der Geschichte der europäischen Integration anhand von in den Archiven aufbewahrten Quellenmaterialien näher zu bringen.

Im vergangenen April hatte ich das Vergnügen, vor Studenten des fünften Studienjahres am Campus in Florenz einen Vortrag zu halten.

Das Hauptthema des akademischen Jahres lautet „Überblick über die europäische Staatsbürgerschaft: Suche und Identifizierung der europäischen Staatsbürgerschaft in EUA-Dokumenten. Von der Friedenskonsolidierung in der Nachkriegszeit bis zum Aufbau des heutigen Europas“.

Leslie Hernandez, die Koordinatorin des Bildungsprogramms, bat alle Studenten, einige persönliche Familiengegenstände mitzubringen, um ihre individuelle und persönliche Familiengeschichte zu erzählen und ihre Verbindungen zur europäischen Geschichte zum Ausdruck zu bringen. Dies war eine ausgezeichnete Idee und führte zu lebhaften Diskussionen. Bei diesen Gegenständen handelte es sich um historische Dokumente ihrer Großeltern: Briefmarken, ein Foto eines Familienstiefels - dieser stammte aus Tripolis (Libyen), das damals eine italienische Kolonie war -, verschiedene Arten von Uhren, Münzen, Plakate mit Bildern des Euro...; Briefmarken zur Erinnerung an die Feierlichkeiten zum 10. Ich fragte die Schüler, welches das erste Wort oder das erste Thema war, das sie mit der Europäischen Union in Verbindung brachten. Ich für meinen Teil antwortete: „die gemeinsame Währung“. Sie waren verblüfft. Für sie hat es natürlich schon immer eine gemeinsame Währung gegeben. Für uns Ältere ist sie jedoch eine echte Errungenschaft, von der ich den Schülern erzählen konnte. Wir sprachen auch über frühere Erweiterungen und natürlich über die russische Invasion in der Ukraine. Ich hatte den Eindruck, dass die Invasion für mich, der ich aus Finnland komme, ein viel wichtigeres Thema war als für die Studenten in Florenz. Für sie ist es ein weit entferntes Problem, für mich hingegen ist Russland ein Grenzland.

Musikalisches Intermezzo

Mir wurde angeboten, ein Musikstück auszuwählen, das ich in der Klasse hören sollte. Das Ziel dieser Aktivität war es, eine andere Art von Diskussion zu ermöglichen und den Schülern die Möglichkeit zu geben, dem Gast eine Frage zu stellen. Ich wählte das Lied „Waterloo“ von

ABBA, das am 6. April 1974 den Eurovision Song Contest in Brighton gewann. Das ist jetzt fünfzig Jahre her. Ich erinnere mich an diesen Tag: Ich war jung und sah mit schwedischen Schülern fern, und wir waren alle sehr aufgeregt. Ich wählte dieses Lied für den Unterricht aus, weil der Text meiner Meinung nach die europäische Zusammenarbeit preist. „Ich weiß, dass es mein Schicksal ist, mit dir zusammen zu sein“. Die Schüler hörten zu und verstanden es.

Außerdem waren sie sehr aktiv: Jedervon ihnen hatte eine Geschichte über seine vertrauten Gegenstände geschrieben und verstanden, dass ihre eigenen Gegenstände Teil der europäischen Geschichte sind, eine sehr wichtige Lektion. Ich bin überzeugt, dass sie an unserer gemeinsamen Geschichte interessiert waren. Nach der Konferenz hatte ich die wunderbare Gelegenheit, die EUHA zu besuchen. Sein Direktor, Dieter Schlenker, und die leitende Archivarin, Ruth Meyer, begleiteten mich in die Archive, wo ich die Möglichkeit hatte, verschiedene historische und archivarische Dokumente im Zusammenhang mit dem Beitritt Finnlands zur Union sowie mit der Rolle der Frauen bei der Integration in die Union zu prüfen. Ruth Meyer machte mich mit den hervorragenden Reden vertraut, die Simone Veil im Europäischen Parlament gehalten hat.

Simone Veil war die erste weibliche Präsidentin des Europäischen Parlaments, eine Überlebende des Holocausts und ein Aushängeschild für die Rechte der Frauen. Eine großartige Frau. Es lohnt sich, die Lektüre von "Ein Leben. Eine Autobiographie" von Simone Veil.

Anneli Jäätteenmäki

ALDE, Finnland (2004-2019)

BESUCH IM RAHMEN DER EU-PRÄSIDENTSCHAFT

BELGIEN: EIN FÖDERALES PARLAMENT IN EINEM FÖDERALEN STAAT - ZUSAMMENFASSUNG

Die institutionelle Architektur Belgiens ist für die einen ein komplexes Labyrinth, für die anderen ein Rätsel und für die Juristen eine hochmoderne Rechtstechnologie. Im Jahr 1831 war dieses neue Land ein einheitlicher, dezentralisierter und einsprachiger Staat; heute ist es gemäß Artikel 1 der belgischen Verfassung ein föderaler Staat, der aus Gemeinschaften und Regionen besteht. Parallel zur föderalen politischen Organisation hat Belgien (a) vier Sprachregionen: die niederländischsprachige Region, die französischsprachige Region, die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt und die deutschsprachige Region; (b) drei Gemeinschaften: die flämische Gemeinschaft, die französische Gemeinschaft und die deutschsprachige Gemeinschaft; und (c) drei Regionen: die flämische Region, die wallonische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt. Die unter (b) genannten Gemeinschaften und die unter (c) genannten Regionen haben eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament; im Fall von Brüssel ist die Situation noch komplizierter, wird aber in dieser Zusammenfassung nicht behandelt.

Diese Situation ist das Ergebnis der Ausweitung des Wahlrechts und der anschließenden Verfassungsentwicklung durch die so genannten Staatsreformen, die Belgien von einem Einheitsstaat zu einem föderalen Staat mit mehreren Ebenen gemacht haben. Die Sprache ist ein Schlüsselement für das Verständnis dieser Entwicklung, da das belgische Staatsgebiet an der historischen und gesamteuropäischen Sprachgrenze zwischen den germanischen und lateinischen Sprachen liegt.

Die föderale, gemeinschaftliche und regionale Ebene sind ausschließlich für bestimmte Politiken zuständig. Die Gemeinschaften und Regionen sind nur für die ihnen ausdrücklich zugewiesenen Politikbereiche zuständig, während die föderale Ebene für alle übrigen Bereiche verantwortlich ist. Welche politische Ebene in Belgien auch immer zuständig ist, sie hat auch die internationale Vertragsgewalt für diese Themen. Zusammengefasst und vereinfacht kann man sagen, dass die Gemeinschaften für die Themen zuständig sind, die die Menschen betreffen (z. B. Bildung), und die Regionen für die Themen, die das Gebiet betreffen (z. B. Landwirtschaft). Die föderale Ebene ist unter anderem für die soziale Sicherheit, das Justizsystem, die Währungspolitik, die Polizei und die nationalen Verteidigungskräfte zuständig. Die föderale, gemeinschaftliche und regionale Ebene haben im Rahmen ihrer Zuständigkeiten legislative und exekutive Befugnisse.

Innerhalb dieses institutionellen Rahmens besteht das ursprüngliche nationale Zweikammerparlament, das heutige Bundesparlament, noch immer. Es besteht aus dem 60-

köpfigen Senat und dem 150-köpfigen Repräsentantenhaus. Während die beiden Versammlungen 1831 über die gleichen Befugnisse verfügten, ist das Repräsentantenhaus heute das politisch entscheidende Organ auf Bundesebene. Es wird direkt gewählt, hat die volle verfassungsmäßige Kontrollbefugnis und die volle Gesetzgebungsbefugnis in Bundesangelegenheiten, kontrolliert die Bundesregierung, stimmt über den jährlichen Bundeshaushalt ab, hat das Recht auf Untersuchungen usw. Die Zuständigkeiten des Senats sind jedoch in den letzten dreißig Jahren schrittweise eingeschränkt worden. Er hat nur begrenzte Gesetzgebungsbefugnisse, kontrolliert nicht die Bundesregierung, stimmt nicht über den Bundeshaushalt ab, hat kein Untersuchungsrecht usw. Der Senat übt zusammen mit der Abgeordnetenkommission die verfassungsmäßige Kontrolle aus und gilt als Versammlungsort für die Abgeordneten der Gemeinschaften und Regionen. Er setzt sich aus 60 Senatoren zusammen, von denen 50 von ihrer Heimatgemeinde oder ihrem Regionalparlament ernannt werden und ein Doppelmandat ausüben. Für den Senat gibt es keine Direktwahlen mehr.

Über die institutionelle Architektur Belgiens wurden und werden Bücher geschrieben. Diese Zusammenfassung ist daher sowohl eine Synthese als auch eine Vereinfachung.

Pieter Caboor G. CABOOR

Juristischer Direktor, Abgeordnetenkommission.

[Der Autor schreibt in seinem eigenen Namen und seine Ansichten spiegeln nicht die der belgischen Abgeordnetenkommission wider.]

BERICHT ÜBER DEN FMA-BESUCH IN BELGIEN UND DIE JÄHRLICHEN VERANSTALTUNGEN

Zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 wählen die Europäerinnen und Europäer ihre 720 Vertreterinnen und Vertreter für das Parlament in Straßburg für die nächsten fünf Jahre. Dies ist zweifellos eine der wichtigsten Wahlen der letzten zwei Jahrzehnte, da Europa mit mehreren Krisen konfrontiert war.

Die Europäische Union, erschüttert durch die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, das Land zu verlassen, musste sich mit einer Pandemie auseinandersetzen, die nicht nur gesundheitliche, sondern auch wirtschaftliche und soziale Folgen hatte und das Leben unserer Mitbürger veränderte. Später hat der Einmarsch Russlands in die Ukraine, obwohl es sich um ein souveränes Land handelt, die Europäer, die seit dem Fall der Berliner Mauer den Frieden auf dem europäischen Kontinent für selbstverständlich hielten und davon ausgingen, dass der Handel zwischen den Staaten die Grundlage für diesen Frieden sei, erst schockiert und dann empört.

Die neu gewählten Europaabgeordneten werden also ein neues Europa aufbauen müssen, denn die Herausforderungen, die vor ihnen liegen, sind immens: Die Herausforderungen, die vor ihnen liegen, sind immens: der Krieg in der Ukraine, ein hybrider Krieg mit Cyberangriffen auf allen Ebenen, der rasches Handeln in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit erfordert; der ökologische Wandel, um den Klimawandel zu bekämpfen und die Energiesouveränität zu gewährleisten; der digitale Wandel mit der Herausforderung der künstlichen Intelligenz; die Aussichten auf künftige Erweiterungen in den nächsten zwanzig oder dreißig Jahren; die Herausforderung der Migration angesichts eines zunehmend bevölkerten und instabilen afrikanischen Kontinents; und die Notwendigkeit, dank einer aktiven Reindustrialisierungspolitik für unsere Gesundheit und Ernährungssouveränität zu sorgen. Die Aufzählung all dieser Herausforderungen ist schwindelerregend, umso mehr, als sich die europäische Demografie auf einem Tiefpunkt befindet.

Aber die Europäische Union war schon immer in der Lage, auf Krisen zu reagieren. Wer hätte sich vor einigen Jahren vorstellen können, dass sie umfangreiche Darlehen gewähren würde, um die von der Pandemie COVID 19 betroffene Wirtschaft zu stützen? Wer hätte gedacht, dass die 27 Mitgliedstaaten sich darauf verständigen würden, einen umfangreichen Aufrüstungsplan (z. B. zur Herstellung von Munition) in die Wege zu leiten, um ihre Kapazitäten zu erhöhen und die Ukraine angesichts der russischen Invasion zu unterstützen?

Die Bürgerinnen und Bürger müssen das Vertrauen in die europäischen Institutionen zurückgewinnen und zu diesem Zweck Vertreter in das Parlament entsenden, die bereit sind, einen Schritt nach vorne zu tun, um die Union an diese sich verändernde Welt anzupassen und gleichzeitig ihre eigenen Werte zu verteidigen. Kurzum, ein stärkeres und souveräneres, aber auch bürgernäheres Europa zu schaffen.

Nach den Wahlen im Juni werden neue Abgeordnete in das Parlament einziehen und andere werden es verlassen... Letztere möchte ich ermutigen, sich der Vereinigung der ehemaligen

Abgeordneten anzuschließen. Die Vereinigung spielt eine sehr wichtige Rolle für die ehemaligen Abgeordneten, indem sie die europäische Flamme, die uns verbindet, aufrechterhält und Verbindungen zu denjenigen herstellt, die zu weit weg wohnen und nicht mehr nach Brüssel reisen können. Ich schätze diejenigen, die in der Vereinigung Verantwortung übernehmen und einen echten Familiengeist schaffen: die „europäische Familie“.

Die letzte Generalversammlung, die vom 8. bis 10. April stattfand, war besonders interessant, da sie die satzungsgemäßen Verpflichtungen mit einem Besuch in Brüssel im Rahmen der rotierenden belgischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union verband. Dieses Ereignis ermöglichte es uns, mit den ehemaligen belgischen Abgeordneten Manu Desutter und Mathieu Grosch über die Prioritäten des belgischen Ratsvorsitzes zu diskutieren.

Der Austausch wurde am 9. April bei einem Besuch im föderalen Parlament mit Botschafter Willem Van de Voorde, dem Ständigen Vertreter Belgiens bei der Europäischen Union, mit dem Direktor der Rechtsabteilung, Pieter Caboor, und schließlich mit Senator Gaëtan Van Goidsenhoven fortgesetzt. Bei diesen Gesprächen ging es einmal mehr um die Risiken, denen die Union in einer gefährlich gewordenen, durch den aufkommenden Nationalismus geschwächten und durch populistische Bewegungen unterminierten Welt ausgesetzt ist.

Abschließend möchte ich noch hinzufügen, dass die alljährliche Gedenkveranstaltung der Vereinigung zum Gedenken an die im Laufe des Jahres verstorbenen Mitglieder eine wirklich bewegende Zeremonie ist, bei der aktuelle und ehemalige Mitglieder um die anwesenden Angehörigen versammelt sind: eine schöne Zeremonie, bei der die Trauer um diejenigen, die nicht mehr da sind, mit der Freude des Wiedersehens trotz der Trauer einhergeht - die „europäische Familie“, von der ich vorhin sprach.

Dank an alle, insbesondere an Präsident Klaus Hänsch und sein Präsidium, die auf dieser Generalversammlung wiedergewählt wurden, und Dank an Elisabetta Fonck und ihr Team, die die Vereinigung voranbringen und dafür sorgen, dass der europäische Geist unter uns erhalten bleibt.

Françoise Grossetête

EPP, Frankreich (1994-2019)

fggrossetete@gmail.com

BESUCH IM RAHMEN DER EU-PRÄSIDENTSCHAFT

LETTAS BAHNBRECHENDER BERICHT ÜBER DEN BINNENMARKT

Eine lange Geschichte gebrochener Versprechen korrigieren

Ich hatte das Privileg, der Delegation ehemaliger Europaabgeordneter anzugehören, die im März 2024 Gespräche mit dem Team des belgischen Ratsvorsitzes führte. Ein wiederkehrendes Thema war der Zustand des Binnenmarktes und die große Sorge, dass sein Potenzial nicht voll ausgeschöpft wird. Diese Frustration bezog sich hauptsächlich auf die laxen - oder sogar nicht vorhandene - Einhaltung der Regeln durch die Mitgliedsstaaten. Der Bericht über die künftige Entwicklung des Binnenmarktes, den der Rat beim ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta in Auftrag gegeben hatte, wurde mit großem Interesse und großer Erwartung erwartet, in der Hoffnung, dass er nicht zögern würde, die Probleme aufzuzeigen.

Die bisher umfassendste Kritik

Der Letta-Bericht wurde kurz nach unserem Besuch veröffentlicht und wird die ehemaligen Europaabgeordneten nicht enttäuschen. Es handelt sich um eine umfassende 146-seitige Analyse, die alle Aspekte der Binnenmarktpolitik beleuchtet. Er enthält eine Reihe politischer Empfehlungen zur Steigerung der Wirksamkeit des Binnenmarktes als Motor für den Wohlstand und den globalen Einfluss der Union. Der Bericht scheut nicht vor Kritik zurück, und seine Schlussfolgerungen werden durch Forschungsergebnisse untermauert.

Paradoxerweise schmälern Umfang und Anspruch des Berichts seine unmittelbare Wirkung. Es gibt weder eine "Zusammenfassung" noch eine Liste der wichtigsten Empfehlungen. Letta verdient Bestnoten für seine Bemühungen. Auf den Bericht muss jedoch ein soliderer Aktionsplan folgen, eine Aufgabe, die eine große Bewährungsprobe für das neue Parlament darstellen würde.

Eine gute Basis

Es ist unmöglich, den gesamten Bericht in diesem kurzen Artikel zusammenzufassen. Er enthält Vorschläge, deren Verwirklichung Jahre dauern wird und die politisch kompliziert sind. Für mich wäre es jedoch vorrangig, dafür zu sorgen, dass wir eine gute Grundlage haben. Die grundlegenden Regeln für den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr müssen ständig überwacht und gestärkt werden. Es gibt klare Anzeichen dafür, dass dies in den letzten fünf Jahren keine Priorität war.

Das besorgniserregendste Beispiel sind die Dienstleistungen, die mehr als 70 % des BIP der EU ausmachen. Wie Letta sagt, ist die Dienstleistungsrichtlinie eine „entscheidende“ Initiative. Der Bericht stellt fest, dass bis zu 60 % der 2002 festgestellten Hemmnisse immer

noch bestehen und dass sich die Fortschritte bei ihrer Beseitigung „besorgniserregend“ verlangsamt haben. In problematischen Sektoren sind rasche Maßnahmen erforderlich. Die Warennormen müssen systematisch angewandt und durchgesetzt werden. Es muss eine maximale Harmonisierung angestrebt werden, und die Verbraucher müssen ungehinderten Zugang zum Kauf von Waren in jedem EU-Land haben.

Ein effizientes öffentliches Auftragswesen ist der Schlüssel zur Erreichung der strategischen Ziele der Union. Es können rasch Maßnahmen ergriffen werden, um den Wettbewerb zu stärken, die grenzüberschreitende Beschaffung zu fördern und die Innovation anzukurbeln. Maßnahmen, die KMU dazu ermutigen, die Vorteile des Binnenmarktes zu nutzen, sind für eine dynamische und innovative Wirtschaft unerlässlich.

Eine gute Grundlage wird dazu beitragen, das Ziel zu verwirklichen, dass der Binnenmarkt „schnell und weit gehen“ soll. Dies untermauert auch die detaillierten Vorschläge des Berichts zur Verbesserung der Funktionsweise der Sektoren Finanzen, Energie, Verkehr, Gesundheit und elektronische Kommunikation.

Verbesserung der Rechtsvorschriften

Der Bericht hat den Mut, Fragen im Zusammenhang mit dem Regelungsprozess anzusprechen, um die Binnenmarktvorschriften kohärenter und effektiver zu gestalten und durch einfachere und transparentere Folgenabschätzungen zu unterstützen. Der Bericht stellt auch fest, dass die überwiegende Zahl von Vereinbarungen in erster Lesung zu einer „Regelsetzung geführt hat, die eher das Kräfteverhältnis widerspiegelt als eine solide, auf objektiven Fakten beruhende Politikgestaltung“. Die Arbeit an zahlreichen Vereinbarungen in zweiter Lesung während meiner ersten Amtszeit hat mich davon überzeugt, dass das Parlament durch die Rückkehr zu diesem Verfahren in der Lage sein wird, bessere Vorschriften in kürzerer Zeit zu erlassen.

Malcolm Harbour

EPP-ED, ECR, Vereinigtes Königreich

(1999-2009, 2009-2014)

harbournutlands@sky.com

DER BELGISCHE RATSVORSITZ

Der Besuch unserer FMA-Gruppe in Belgien anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft war für mich ein besonderes Erlebnis, denn es war ein Besuch in meinem eigenen Land.

Was macht Belgien mit dieser Präsidentschaft? Wir bekamen eine ausführliche Erklärung dazu, die Sie auch auf der Website www.belgium24.eu nachlesen können. Der Besuch begann mit einem Eröffnungssessen am Montag, den 8. April, in Anwesenheit von Manu Desutter aus Knokke, dem Vorsitzenden der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des belgischen Parlaments Pro Lege. Ebenfalls anwesend war Mathieu Grosch aus Eupen, ehemaliger Europaabgeordneter und langjähriger Vertreter der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien. Diese kleine Gemeinschaft heißt jetzt Ost-Belgien und ist die am stärksten vertretene Bevölkerungsgruppe im EP. Dies zeigt sofort, dass Belgien ein kompliziertes Land ist. Dieser Teil Belgiens wurde dem Land nach dem Ersten Weltkrieg hinzugefügt.

Am 9. April fand dann der offizielle Besuch im belgischen Bundesparlament statt. Wir wurden im Sitzungssaal des Palais de la Nation, gegenüber dem Parlamentsgebäude, mit Kaffee empfangen. Es gab Dolmetscher für Englisch, Französisch, Deutsch und Niederländisch. Zunächst wurde uns die politische Situation des belgischen EU-Vorsitzes in der ersten Hälfte des Jahres 2024 umfassend und sachkundig erläutert.

Botschafter Willem Van de Voorde ist ein sehr geschickter Diplomat und brachte uns den Stand vieler Dossiers und Maßnahmen nahe, die auf höchster Ebene diskutiert werden, um die Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit und zur Einigung auf eine bestimmte Richtung zu bewegen. Er führte den Vorsitz im ASTV II während des belgischen Ratsvorsitzes.

Pieter Caboor versuchte dann, den anwesenden ehemaligen Europaabgeordneten das Land Belgien zu erklären. Er ist Direktor der Gesetzgebungsabteilung der Abgeordnetenversammlung. Belgien ist vielleicht das am schwierigsten zu regierende Land der Welt und es wird immer schwieriger, eine föderale Regierung zu bilden. Es stellt sich sogar die Frage, ob Belgien als Land im Jahr 2030 noch so existieren wird, wie wir es heute kennen. Das wäre der 200. Jahrestag der Gründung des Landes. Ein Land, das 1830 durch eine Revolution in Brüssel entstand, als sich die südlichen Provinzen vom Vereinigten Königreich der Niederlande abspalteten. Manche bedauern noch heute die Teilung eines potenziell mächtigen Landes. Die südlichen Niederlande wählten den Namen Belgien, der eigentlich der lateinische Name für die Niederlande war. 1830 wählte das Land Französisch als Amtssprache, um sich von Den Haag zu distanzieren und weil die Elite damals Französisch sprach. Erst 1932 wurde Niederländisch offiziell als Verwaltungssprache anerkannt. Dank des allgemeinen Wahlrechts wurde festgestellt, dass die Mehrheit des Landes Niederländisch sprach.

Nach sechs Staatsreformen wurde das Land von einem Nationalstaat zu einem Bundesstaat mit drei Kulturgemeinschaften (Niederländisch, Französisch und Deutsch) und drei Regionen: Flandern im Norden, Wallonien im Süden und Brüssel in der Mitte des Landes. Jede Region hat eine Regierung und ein Parlament. Über ihnen stehen das Parlament und die föderale Regierung. In vielen Bereichen gibt es jedoch keine Entscheidungshierarchie, so

dass Belgien als Staat nicht Partei ergreifen kann und sich in den europäischen Ministerräten der Stimme enthalten muss. Mit der Festlegung der Sprachgrenze im Jahr 1962 ist also eine echte politische Grenze in Belgien entstanden. Die politische Landschaft ist im Norden und im Süden unterschiedlich, mit unterschiedlichen Parteien.

In der föderalen Regierung gibt es derzeit sieben Parteien, die eine Mehrheit im Parlament stellen. Es sieht so aus, als würde es noch schwieriger werden, denn Umfragen zeigen, dass Flandern sich mehr nach (extrem) rechts und Wallonien mehr nach (extrem) links bewegt. Es gibt keine nationale Presse, es gibt getrennte Welten in den Medien.

Es folgten ein weiterer runder Tisch und eine Frage- und Antwortrunde. Danach konnten wir uns die Beine vertreten und in zwei Gruppen mit einem englischsprachigen und einem französischsprachigen Führer den Senat und die Kammer besichtigen. Zum Abschluss gab es ein leichtes Mittagessen im Restaurant.

Jan Dhaene

Grüne/EFA, Belgien (2002-2004)

jantedhaene@gmail.com

BESUCH IM RAHMEN DER EU-PRÄSIDENTSCHAFT

RECHTSSTAATLICHKEIT UND EU-ERWEITERUNG

In unserem Gespräch mit S.E. Botschafter Willem van de Voorde, Ständiger Vertreter Belgiens bei der Europäischen Union und in seiner Eigenschaft als Präsident der EU, haben wir über die Rolle der Rechtsstaatlichkeit im europäischen Erweiterungsprozess gesprochen. Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist eines der grundlegenden Kopenhagener Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union. Es wurde allgemein befürchtet, dass dieser grundlegende Wert von den derzeitigen Mitgliedstaaten bedroht und verletzt werden könnte.

Die EU würde ihre Identität und ihre „Seele“ verlieren, wenn diese Verstöße geduldet und nicht sofort abgestellt würden.

Die Europäische Union hat in jüngster Zeit eine Reihe von Instrumenten entwickelt, um einen Mitgliedstaat wieder auf den richtigen Weg zu bringen, die von einem sanften Dialog über ein bestimmtes Thema der Rechtsstaatlichkeit bis hin zu finanziellen Sanktionen im Falle fortgesetzten Fehlverhaltens reichen.

Die EU-Ratspräsidentschaft hat deutlich gemacht, dass es für die Beitrittsländer keine Lockerung des Rechtsstaatsprinzips geben kann. Eine Reihe von EU-Programmen wurde aufgelegt, um Defizite zu analysieren, Fortschritte zu überwachen und mit juristischer Expertenhilfe zu unterstützen. Die Unabhängigkeit der Justiz von politischen und parteipolitischen Interessen muss gewährleistet sein.

Das Justizsystem muss ausreichend ausgestattet und finanziert sein, um Fehlverhalten und Korruption zu verhindern.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments und des belgischen Ratsvorsitzes betonten, dass vor der endgültigen Entscheidung über den Beitritt eine solide und stabile Justizsituation in einem Kandidatenland gegeben sein muss.

Jo Leinen

S&D, Deutschland (1999-2019)

jo.leinen@outlook.com

NETZWERK DER EHEMALIGEN MITGLIEDER

FP-AP GENERALVERSAMMLUNG IN PARIS

Am 23. Februar fand die vorbereitende Sitzung des Rates und der Generalversammlung der Europäischen Vereinigung ehemaliger Parlamentarier der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) statt, in der unsere Vereinigung Mitglied ist. Dieses jährliche Treffen findet in Paris in der Residenz der Nationalversammlung statt.

Anlässlich dieses Treffens organisierten unsere französischen Kollegen am Vortag in der Nationalversammlung selbst eine sehr interessante Konferenz mit dem Titel: "Die Künstlichkeit der Intelligenz", um die wichtigsten Folgen zu erörtern, die die Künstliche Intelligenz (KI) für unsere Gesellschaft haben kann. Wir konnten zwei hochkarätigen Rednern zuhören: Guillaume Gérard, Leiter von GenAI für Süd- und Mitteleuropa bei Capgemini, einem weltbekannten französischen Technologieberatungsunternehmen, und Cédric Villani, einem Mathematiker, der 2010 mit der Fields-Medaille (die als Nobelpreis für Mathematik gilt) ausgezeichnet wurde und ehemaliger Abgeordneter ist.

Gérard stellte die verschiedenen Technologien der künstlichen Intelligenz in hervorragender Weise vor und gab einen Überblick über die Situation des Sektors weltweit. Seine Antworten auf die Fragen, die ihm in der Debatte gestellt wurden, zeugten von seinem tiefen Wissen über das Thema und seine möglichen Auswirkungen auf die Gesellschaft und waren eine sehr aufschlussreiche Ergänzung zu Cédric Villanis spektakulärem Vortrag, der das gesamte Publikum beeindruckte. Villani hatte im Auftrag von Präsident Macron die Ausarbeitung der nationalen KI-Strategie Frankreichs im Jahr 2018 geleitet. Der sogenannte Villani-Bericht: "For a Meaningful Artificial Intelligence" dokumentiert eine KI-Strategie für Frankreich und Europa. In seiner Rede sprach er über ethische Fragen, Regulierung und die Folgen für die Gesellschaft und die neuen Herausforderungen durch künstliche Intelligenz.

Auf der Generalversammlung am folgenden Tag wurde der neue Präsident der FP-AP gewählt. Es gab zwei hervorragende Kandidaten: Filippo Lombardi von der Schweizer Delegation und Dario Rivolta, Mitglied der italienischen Delegation und derzeitiger Vizepräsident, die beide über einen reichen Erfahrungsschatz in der internationalen Politik verfügen. Filippo Lombardi wurde mit einer einzigen Stimme für die Amtszeit 2024-2026 gewählt.

Die nächste Ratstagung findet vom 2. bis 4. Mai dieses Jahres in Graz (Österreich) statt, auf der der bisherige Präsident Walter Schwimmer durch den neu gewählten Präsidenten abgelöst wird.

Die Generalversammlung hat die Pariser Erklärung gebilligt, die der Rat der Versammlung im Zusammenhang mit den zahlreichen Krisen und Konflikten, die die Welt heute erschüttern, vorgelegt hat.

Er ruft die Parlamente, Regierungen und internationalen Organisationen auf, dringend Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um einen Ausweg aus der derzeitigen Situation zu finden. Er betont, dass Putins Russland seit mehr als zwei Jahren einen rücksichtslosen Krieg gegen die Ukraine führt, in dem zivile Ziele, die Infrastruktur, Häuser und die Gesellschaft insgesamt angegriffen werden. Viele ukrainische Kinder wurden getötet oder von ihren Eltern getrennt und unter eklatanter Verletzung des Völkerrechts nach Russland gebracht.

In der Erklärung wird auch der Tod des russischen Dissidenten Aleksej Navalny in einem russischen Gefängnis in der Arktis verurteilt, mit dem der prominenteste Vertreter der Opposition gegen Putin zum Schweigen gebracht werden sollte.

Die Erklärung bezieht sich auch auf den Gaza-Krieg. Sie erkennt zwar das Recht Israels auf Selbstverteidigung an, fordert es aber auch auf, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten und die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, wie es das Gesetz verlangt.

Die Versammlung stimmte auch dafür, in die Erklärung einen Aufruf zum Handeln aufzunehmen, um den Exodus der armenischen Bevölkerung von Berg-Karabach zu stoppen, die vor Drohungen, Angst und bewaffneten Konflikten mit Aserbaidschan flieht, sowie der Millionen von Menschen im Sudan, die aufgrund von Konflikten mit der Armee und bewaffneten Milizen ebenfalls gezwungen sind, aus ihrem Land zu fliehen.

Die Erklärung prangert die systematische Verletzung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Menschenwürde in all diesen Konflikten deutlich an und fordert die internationale Gemeinschaft, den Europarat, die OSZE und die Vereinten Nationen auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine gerechtere und friedlichere Welt zu schaffen.

Teresa Riera Madurell

S&D, Spanien (2004-2014)

trierama@gmail.com

Am 3. Mai 2024 fand im **Rahmen des PF-AP-Treffens in Graz** (Österreich) vom 2. bis 4. Mai 2024 ein runder Tisch mit dem Titel „Wenn es den Europarat nicht gäbe...“ statt, gefolgt von einer feierlichen Sitzung „75 Jahre Europarat“. Teresa Riera Madurell wird in der Septemberausgabe des FMA-Newsletters über diese Treffen berichten.

Der Europarat und die Europäische Union teilen dieselben Grundwerte - Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - aber sie sind getrennte Einrichtungen, die unterschiedliche, aber komplementäre Rollen spielen.

FP-AP Pariser Erklärung

23 Februar 2024

Europa und die ganze Welt sind mit einer Vielzahl von Krisen und Konflikten konfrontiert. Im Namen ihrer rund 11.000 Mitglieder ruft die Europäische Vereinigung ehemaliger Parlamentarier der Mitgliedstaaten des Europarats Parlamente, Regierungen und internationale Organisationen auf, dringend Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden.

Seit zwei Jahren führt Putins Russland einen totalen Krieg gegen die Ukraine und greift immer mehr zivile Ziele, Infrastruktur, Häuser und Zivilisten, darunter viele Kinder, an. Darüber hinaus wurden Tausende von ukrainischen Kindern von ihren Eltern getrennt und nach Russland gebracht, was einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt.

Die Nachricht vom Tod des russischen Dissidenten Aleksej Navalny in einem berüchtigten russischen Gefangenenlager hat uns schockiert. Ein Vertreter der Opposition ist zum Schweigen gebracht worden. Wir verurteilen dieses Verbrechen auf das Schärfste. Kinder sind auch die wehrlosen Opfer des israelischen Kampfes gegen die Terrororganisation Hamas im Gazastreifen.

Israel hat zweifellos das Recht auf Selbstverteidigung, was nach der Barbarei vom 7. Oktober auch die Ausschaltung von Terroristen einschließt. Israel hat jedoch auch die Pflicht, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten und die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Nach dem von Aserbaidshan angezettelten Krieg in Berg-Karabach fordern wir, dass die Vertreibung der armenischen Bevölkerung beendet wird und dass die armenische Bevölkerung, die fliehen musste, in ihr Land zurückkehren kann, ohne belästigt oder bedroht zu werden. Alarmierend sind auch die Nachrichten aus dem Sudan, wo der militärische Konflikt zwischen der Armee und bewaffneten Milizen Millionen von Menschen zur Flucht zwingt und täglich Hunderte von Menschenleben fordert.

Leider sind dies nicht alle Fälle systematischer Verstöße gegen das Völkerrecht, die Menschenrechte und die Menschenwürde. Wir rufen die internationale Gemeinschaft, den Europarat, die OSZE und die Vereinten Nationen auf, alle ihre Möglichkeiten zu nutzen, um eine gerechtere und friedlichere Welt zu schaffen.

PE TO CAMPUS PROGRAMM

EUROPA, INTEGRATION UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

UNIVERSITÄT VON OVIEDO, SPANIEN | 28. MÄRZ 2024 | AUF DEM CAMPUS

Bei diesem Treffen habe ich versucht zu beschreiben, wo die Union in Bezug auf das Ziel eines sozialeren und integrativeren Europas steht. Ich habe Daten aus verschiedenen veröffentlichten Berichten verwendet, um zu zeigen, dass mehr Inklusion zwangsläufig mehr soziale Gerechtigkeit bedeutet. Die Beschäftigungsquote im Jahr 2020 lag 5,5 Prozentpunkte unter dem Ziel der Union für 2030 von 78 %. Die Quote war in den stärker entwickelten Regionen höher (76 %) als in den Übergangsregionen (72 %) und in den weniger entwickelten Regionen niedriger (67 %), obwohl sie in den letztgenannten Regionen zwischen 2013 und 2020 um 7 Prozentpunkte anstieg. Zwischen 2013 und 2020 ging die Arbeitslosigkeit in allen EU-Mitgliedstaaten zurück, von einem Höchststand von 11,4 % auf 7,1 % (von 6,7 % im Jahr 2019).

Im Jahr 2019 waren rund 91 Millionen Menschen in der Union - 20 % der Bevölkerung - von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Quote war in ländlichen Gebieten (22%) etwas höher als in Städten (21 %) und Vorstädten (19 %), ging aber in allen drei Fällen zwischen 2012 und 2019 zurück. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, die Quote bis 2030 um mindestens 15 Millionen Menschen zu senken. In der Union war 2019 der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen in ländlichen Gebieten (22,4 %) etwas höher als in Städten (21,3 %) und Vorstädten (19,2 %).

Armut und soziale Ausgrenzung haben in der Union abgenommen, sind aber im Süden der Union und in den ländlichen Gebieten im Osten der Union weiterhin hoch. In mehreren Regionen in Spanien, Italien, Griechenland, Rumänien und Bulgarien liegt das Armutsrisiko bei über 30 %.

Im Osten der Europäischen Union:

- Im Jahr 2019 waren 28,5 % der Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen;
- mehr als 1 von 4 Personen war von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht;
- in den Städten und Vorstädten lag der Prozentsatz bei 19,5 %;
- in den Städten 15,2 %;
- in den ländlichen Gebieten Bulgariens und Rumäniens lag die Zahl mit über 40 % deutlich höher;
- zwischen 2012 und 2019 ist die Quote in den Städten und ländlichen Gebieten um fast 10 Prozentpunkte und in den Städten und Vororten um mehr als 8 Prozentpunkte gesunken.

Im Süden der Union:

- Armut und soziale Ausgrenzung waren gleichmäßiger verteilt und blieben hoch;
- 2019 war etwa jeder Vierte in allen drei Arten von Gebieten gefährdet.

Im Gegensatz dazu war im Nordwesten der Union

- In den Städten lag der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen bei 21,3 %;
- in den Städten und Vorstädten war der Prozentsatz mit 15,7 % niedriger;
- in den ländlichen Gebieten lag sie bei 15 %.

Die Beschäftigungsquote von Migranten aus Drittländern ist zwar gestiegen, bleibt aber in den meisten Regionen niedriger als die der Einheimischen (62 % gegenüber 74 % im Jahr 2020), insbesondere bei Personen mit Hochschulbildung. Das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung ist für Menschen, die außerhalb der Union geboren sind, doppelt so hoch wie für Einheimische, und die Quote der materiellen Entbehrung ist besonders hoch. Migranten aus Drittländern (Menschen, die außerhalb der Union geboren sind) haben mehr Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und sind einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt.

Dank dieser Zusammenfassung der Situation, die Teil eines Werkes von mehr als 350 Seiten ist, ist mehr oder weniger klar, welche Wege eingeschlagen werden müssen, um mehr und besseren Zusammenhalt in Europa zu erreichen

Liliana Rodrigues

S&D, Portugal (2014-2019)

[*lilianarodrigues2@gmail.com*](mailto:lilianarodrigues2@gmail.com)

PE TO CAMPUS PROGRAMM

KOREA, DIE MACHT DER EU UND DIE ROLLE DES PARLAMENTS

LUISS INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE ANALYSE UND POLITIK, ITALIEN | 18. APRIL 2024 | AUF DEM CAMPUS

Im April reiste ich nach Rom und besuchte die LUISS-Universität, um an einem der Jean-Monnet-Seminare mit dem Titel „Die koreanische Halbinsel und die Europäische Union - Bilaterale Beziehungen im Zeitalter von Geopolitik und Geowirtschaft“ teilzunehmen. Eröffnet wurde das Seminar von Choi Jongho, dem derzeitigen Minister-Berater und Generalkonsul der Republik Korea (ROK) in Italien und ehemaligen designierten Botschafter (?) der ROK in Papua-Neuguinea. In meiner Grundsatzrede ging ich zunächst auf die aktuelle Situation in Nordostasien nach der Neujahrsansprache von Kim Jong Un im Jahr 2024 ein, in der er jegliches Interesse an einer Wiedervereinigung Koreas verneinte und enge Beziehungen zu Moskau aufbaute. Damit schien das langjährige Interesse des Nordens an einer Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten beendet, da Pjöngjang nach dem Scheitern des Gipfeltreffens zwischen Präsident Trump und Kim Jong Un in Hanoi 2019 zu dem Schluss kam, dass die Vereinigten Staaten dazu weder bereit noch in der Lage waren.

Zweitens habe ich die Weitsicht des Europäischen Parlaments bei der Aufnahme von Beziehungen zu Nordkorea angesprochen, mit drei Ad-hoc-Delegationen im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vor dem ersten Troika-Besuch im Hinblick auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 2001 und dem Länderpapier der Kommission, das ein „kritisches Engagement“ empfiehlt. Es folgte eine Reihe von Anerkennungen durch die Mitgliedstaaten, während das Europäische Parlament 2004 eine ständige Delegation für die koreanische Halbinsel einrichtete, die ihre Arbeit in den letzten zwanzig Jahren unter dem Vorsitz einer Reihe angesehener Europaabgeordneter fortgesetzt hat. Es folgte eine Podiumsdiskussion mit John Delury von der Yonsei-Universität und Autor des gefeierten Buches „Agents of Subversion 2022“, Marcell Burdelski, ehemaliger polnischer Botschafter in Nordkorea und derzeit Professor an der Universität Weichsel, Matteo Dan von der Universität Bologna sowie Tereza Novotná und Thomas Christiansen von der LUISS-Universität, gefolgt von einer ausführlichen Fragerunde mit den Podiumsteilnehmern und mir, persönlich und online.

Am darauffolgenden Tag hielt ich einen gemischten Vortrag mit dem Titel „Die EU als globale Macht: Einblicke aus der Sicht des EP“, der von der EU-Governance-Forschungsgruppe „Europäische Integration und öffentliche Politik“ organisiert wurde, die Lehrkräften, Postdocs und Absolventen offensteht und von Youngah Guahk, dem Professor für asiatische Angelegenheiten der Universität, geleitet wird. Darin betrachtete ich die EU als Wirtschaft- und Regulierungsmacht durch Handel, Entwicklung und die Fähigkeit, globale Standards zu

setzen, als "weiche" Macht durch ihre Wahlbeobachtungstätigkeit und als aufstrebende "harte" Macht im Gefolge von Russlands Einmarsch in der Ukraine. Zum Abschluss meiner Arbeit kehrte ich zu meiner Präsentation vom Vortag zurück und hielt eine abschließende Vorlesung über das „Engagement der EU auf der koreanischen Halbinsel“ für Studenten des dritten Studienjahres, die im Kurs „Asiatische Kultur und Politik mit Schwerpunkt auf der koreanischen Halbinsel“ eingeschrieben sind. In der anschließenden Fragerunde interessierten sich die Studenten für die Entwicklung der Macht des EP in der Union und sein wachsendes Gewicht in der gesamten institutionellen Architektur der EU. Sie wollten auch wissen, ob das Parlament seine Befugnisse nutzen wird, um das nächste Programm der Kommission festzulegen, in die Verteilung der Ressorts einzugreifen und von der Leyen gegebenenfalls als Spitzenkandidatin abzulehnen.

Glyn Ford

PES, Vereinigtes Königreich (1984-2009)

glynford@polint.eu

EURODIACONIA: SOZIALES EUROPA ZUR STÄRKUNG DER DEMOKRATIE IN DER EU

GENERALVERSAMMLUNG VON EURODIACONIA, RUMÄNIEN | 16. MAI 2024 | AUF DEM CAMPUS

Eurodiaconia ist ein europäisches Netzwerk von Kirchen und christlichen Nichtregierungsorganisationen, die Sozial- und Gesundheitsdienste anbieten und sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Seine Mitglieder repräsentieren die einzigartigen Bedürfnisse und Erfahrungen vieler nationaler und regionaler Organisationen in ganz Europa. In einer Zeit, in der die meisten Europäer ihre Besorgnis über steigende Lebenshaltungskosten, zunehmende Armut und unsichere Arbeitsplätze zum Ausdruck bringen, setzt sich Eurodiaconia für die Stärkung des sozialen Europas ein. Als einflussreicher Akteur im europäischen Kontext hat Eurodiaconia sein Manifest für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 veröffentlicht, in dem die Kandidaten aufgefordert werden, „ein wirklich soziales Europa aufzubauen“. Das Manifest ermutigt die Kandidaten, sozialen Themen wie Gesundheit, Bildung und Armutsbekämpfung in ihren Kampagnen Priorität einzuräumen. Es spiegelt die Verpflichtung wider, ein integrativeres und mitfühlenderes Europa zu schaffen.

Tagung (AGM) 2024 im Patriarchenpalast in Bukarest (Rumänien) vom 14. bis 17. Mai.

Während dieser Veranstaltung diskutierten die Mitglieder Strategien, tauschten bewährte Praktiken aus und verstärkten ihre gemeinsamen Bemühungen. Das Thema der diesjährigen Jahreshauptversammlung lautete „Diakonie und Demokratie“. Eurodiaconia-Mitglieder nahmen an Diskussionen und Workshops teil, die sich mit der Schlüsselrolle von Organisationen und Einzelpersonen bei der Förderung einer integrativeren und widerstandsfähigeren demokratischen Gesellschaft befassten. Jean Lambert und ich, als FMA-Mitglieder, wurden eingeladen, auf dieser Eurodiaconia-Hauptversammlung in einer Diskussion mit allen Teilnehmern zu sprechen, wobei wir uns auf unsere eigenen Erfahrungen als MdEP konzentrierten, was unsere ursprünglichen Ziele waren, ob sie erreicht wurden und welche Prioritäten wir für das neue Parlament nach den Europawahlen im Juni 2024 setzen würden.

Jean fasste seine erste Präsentation wie folgt zusammen:

"Drei Hauptziele, als ich 2004 dem EP beitrug, und meine Einschätzung, inwieweit sie erreicht wurden:

- Eine Stimme von den Bürgern zum EP und vom EP zu den Bürgern zu bringen. Dies wurde zum Teil durch enge Verbindungen zu Organisationen der Zivilgesellschaft erreicht, insbesondere zu denen, die mit meinen parlamentarischen Ausschüssen und einigen meiner Delegationen verbunden sind (ich war zehn Jahre lang Vorsitzender der Südasien-Delegation, zu der auch Bangladesch zur Zeit der Rana Plaza-Katastrophe gehörte).

- Herstellung von Verbindungen zwischen dem Klimawandel und den Politikbereichen, in denen ich tätig war, damit der Klimawandel nicht nur als Angelegenheit des Umwelt- und des Energieausschusses betrachtet wurde. Teilweise erreicht.
- Eine positive Asyl- und Migrationspolitik, die anerkennt, dass Menschen Rechte und eine „Handlungsfähigkeit“ haben. Geringe Fortschritte: ein harter Kampf. 3 wichtige Themen für die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament:
 - Förderung der Demokratie und der Menschenrechte innerhalb der EU und auf internationaler Ebene: Die EU und die von ihr vertretenen Werte werden von einer Reihe von Kräften angegriffen, die unsere Gesellschaften spalten, sogenannte „Kulturkriege“ schüren, unsere Freiheiten einschränken und (meiner Meinung nach) unsere Zukunft bedrohen wollen. Die EU ist wirklich wichtig, und diese Wahlen sind es auch.
 - Sicherstellen, dass soziale Gerechtigkeit und Klimapolitik Hand in Hand gehen, dass die Ärmsten nicht die Kosten des Wandels tragen und dass der Green Deal die Lebensqualität der Menschen verbessert. Nachweis, dass der Schutz unserer Umwelt und die Ausgaben für die Klimapolitik nicht zu Lasten der Ernährungssicherheit oder unserer sozialen Dienste gehen.
 - Sicherheit: künftige Ausgaben für Verteidigung und Zusammenarbeit angesichts der globalen Situation, aber auch die tägliche Sicherheit der Menschen. Ihre Fähigkeit, ihre Familie zu ernähren, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden, eine angemessene Wohnung zu finden usw."

Was meine eigene anfängliche Präsentation betrifft, so habe ich die folgenden Punkte dargelegt:

"Drei Hauptziele, als ich 2004 dem EP beitrug, und meine Einschätzung, inwieweit sie erreicht worden sind:

- Sich für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts einzusetzen, der als Krebsgeschwür der internationalen Beziehungen wahrgenommen wird, das internationale Recht untergräbt und die UN und die EU vergiftet. Vergeblich
- während Israel als Rache für den Hamas-Terroranschlag vom 7. Oktober weiterhin die Bevölkerung des Gazastreifens massakriert.
- Die Förderung der Menschenrechte im Allgemeinen und der Rechte der Frauen im Besonderen zu verbessern und sie in die Außen- und Sicherheitspolitik, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Entwicklungspolitik sowie die Asyl- und Migrationspolitik der EU einfließen zu lassen. Teilweise erreicht.
- Unterstützung für Menschenrechtsverteidiger. Größtenteils erreicht. Die wichtigsten sozialen und politischen Themen, die für die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament relevant sind:
 - Verteidigung der EU, der Demokratie, der Menschenrechte und der europäischen Werte gegen rechtsextreme Parteien und ihre externen Unterstützer, die all dies zu zerstören versuchen. Die Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen die russische Aggression und die Korrektur der EU-Asyl- und Migrationspolitik sind wichtige Prüfsteine.

- Das soziale Europa verwirklichen: Armut und Ungleichheit bekämpfen, Migranten integrieren, menschenwürdige Arbeit und Wohnraum für alle sicherstellen, den demografischen Rückgang in der EU umkehren.
- Regulierung des doppelten digitalen und energetischen Wandels, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig die Lebensmittelsicherheit, die Reindustrialisierung Europas und den notwendigen sozialen Wandel gerecht und integrativ zu gestalten." Im Anschluss an unsere Vorträge fand eine lebhafte Debatte über den Euro statt. Ich hoffe, dass unsere Ansichten und unser Austausch über die wichtigsten anstehenden Herausforderungen den Mitgliedern von EuroDiaconia bei ihrer Arbeit mit den bedürftigen Menschen, denen sie helfen, und bei ihrem Eintreten für ein stärkeres soziales Europa von Nutzen sein werden. Diakonie, das griechische Wort für Dienst, bedeutet Dienst für und mit Menschen in Not. Es bedeutet auch, Brücken in der Gesellschaft zu bauen, die zu mehr Wissen und Mehrwert führen. Das ist es, was wir brauchen, um das soziale Europa zu stärken und die Demokratie in der EU zu retten.

Ana Gomes

S&D, Portugal (2004-2019)

ammq54@gmail.com

BUCHBEWERTUNG

BEREITSCHAFT FÜR DEN ERNSTFALL

von Paul Rübiger und Achim Kaspar, erschienen im Trauner Verlag

Begeben Sie sich auf eine transformative Reise in die Zukunft des nachhaltigen Lebens mit „Emergency Preparedness“. Diese neue Ausgabe befasst sich mit Wasserknappheit, Nahrungsmitteln und nachhaltiger Energieversorgung und dient als umfassender Leitfaden für die Navigation durch das komplizierte Netz des globalen Ressourcenmanagements.

Entlarvung der Krise: Da die Nachfrage nach Wasser, Nahrungsmitteln und Energie das Bevölkerungswachstum übersteigt, steht die Welt vor wachsenden Herausforderungen. Von der Intensivierung des landwirtschaftlichen Bedarfs bis hin zu den Auswirkungen des Klimawandels werden in diesem Buch die globalen Krisen aufgeschlüsselt, wobei die Verflechtung unseres Ressourcen-Ökosystems betont wird. Es gliedert sich in drei Teile, die jeweils drängende Fragen beleuchten.

1. Europäische Perspektiven: Mit vier Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses bietet dieser Teil regionale Perspektiven und politische Überlegungen.

2. Globale Imperative - SDG6: Dieser Abschnitt befasst sich mit internationalen Perspektiven und konzentriert sich auf das Ziel für nachhaltige Entwicklung Nr. 6. In diesem Abschnitt wird ein Fahrplan für die globalen Ziele skizziert, wobei die Rolle der Wasserwirtschaft im Rahmen der allgemeinen Nachhaltigkeit hervorgehoben wird.

3. Innovationen und Umsetzungen: Untersucht Spitzentechnologien und wissenschaftliche Innovationen. Unter Hervorhebung der Schlüsselrolle der Forschung befasst sich dieser Abschnitt mit lebenden Labors, digitalen Zwillingen, Oxidation und kaltem Plasma, Sensoren, Datenspeicherkapazitäten, Fermentern, Flut- und Flotationskratzern, nichtmetallischen DAF-Einheiten, API-Separatoren, Abfallentsorgungstechnologie und vorausschauendem Service usw.

Innovieren Sie, um zu überleben:

Entdecken Sie Beispiele für bewährte Praktiken, die den Weg in eine wasser-, lebensmittel- und energieresistente Zukunft weisen. Von gemeinschaftlichen Initiativen bis hin zu innovativen Technologien dient „Emergency Preparedness“ als Wissensreservoir, das

Einzelpersonen, Unternehmen und politische Entscheidungsträger befähigt, eine sicherere und nachhaltigere Zukunft zu gestalten.

Beteiligen Sie sich am Dialog:

Die Diskussion über die Nachhaltigkeit von Wasser, Lebensmitteln und Energie sowie über Abwassermanagement und Bergbau hat gerade erst begonnen. Tauchen Sie ein in die Überlegungen, Ideen und Innovationen, die in „Emergency Preparedness“ vorgestellt werden.

Nur durch kollektives Handeln und Engagement in Forschung und Innovation können wir den Weg zu einer widerstandsfähigen und nachhaltigen Zukunft ebnen.

Verpassen Sie nicht Ihre Chance:

Sichern Sie sich noch heute Ihr Exemplar und werden Sie Teil einer globalen Bewegung. Lassen Sie uns eine Zukunft gestalten, in der Ressourcen Resilienz und Bereitschaft symbolisieren. „Emergency Preparedness“ ist nicht nur ein Buch, sondern ein Aufruf zum Handeln für einen Planeten in Not. Sind Sie bereit?

Godelieve Quisthoudt-Rowohl

EPP, Deutschland (1989-2019)

gqr@quisthoudt.eu

FOKUS

DIE SITUATION DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN AUF DREI EBENEN: LOKAL, NATIONAL UND EUROPÄISCH

Globale Herausforderungen, die Massnahmen auf allen Ebenen erfordern

Nun, da sich die Aufmerksamkeit auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen für 2028-2034 richtet, steht die Frage der öffentlichen Finanzen wieder auf der Tagesordnung, und es wird notwendig sein, darüber nachzudenken, welche geografischen Interventionsniveaus eingesetzt werden sollten, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen.

Neben anderen Herausforderungen stellt die Wettbewerbsfähigkeit heute eine große Herausforderung für die Europäische Union dar, die nicht nur mit Ländern konkurrieren muss, die bereits in der Vergangenheit stark waren, wie die Vereinigten Staaten und Japan, sondern auch mit aufstrebenden Mächten, die heute sehr präsent sind, wie China, Indien und Brasilien. Die ökologische Herausforderung ist auch für Europa und den Rest der Welt von großer Bedeutung.

Gemäß dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip macht der Haushalt nur einen kleinen Teil des BIP der Union aus, in der Größenordnung von 1 %; ein Großteil der zu leistenden Arbeit bleibt in der Verantwortung der nationalen Regierungen und der bürgernahen Handlungsebenen.

Es ist davon auszugehen, dass die Europäische Union neue Aufgaben übernehmen wird, z. B. in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit, was eine gewisse Aufstockung des Haushalts erfordern wird. Aber auch wenn die Mittel im Hinblick auf die oben genannten Ziele der Wettbewerbsfähigkeit und des Umweltschutzes aufgestockt werden, sollten sie auch zur Förderung einer besseren Raumplanung mit strukturpolitischen Maßnahmen eingesetzt werden. Die öffentlichen Finanzen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene werden eine wichtige Rolle spielen, aber angesichts der Ungleichgewichte in Europa ist ein Beitrag aus dem EU-Haushalt zusammen mit der Regionalpolitik ebenfalls unerlässlich.

Es ist wichtig, in den großen Ballungsräumen zu intervenieren, um die dort entstehenden Verkehrs- und Umweltkosten zu mindern. Es ist jedoch auch notwendig, ein größeres territoriales Gleichgewicht zu fördern, da mittlere und sogar kleine städtische Zentren die gleichen oder sogar bessere Bedingungen für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Initiativen und die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger bieten, z. B. ohne unnötigen Zeitverlust und Transportkosten und mit geringeren Umweltauswirkungen (und dank der

heutigen Technologien mit den gleichen Bedingungen für Information und Kontakt, so dass weder der Zugang zur Kultur noch die wirtschaftliche Tätigkeit beeinträchtigt werden). Das Klischee von der mangelnden Leistungsfähigkeit der bisher weniger entwickelten Regionen außerhalb der großen Wirtschaftszentren muss überwunden werden.

In einem sehr aktuellen Dokument der Europäischen Kommission (Shaping a sustainable future together: Kohäsion für ein wettbewerbsfähiges und integratives Europa; Bericht der Hochrangigen Gruppe für die Zukunft der Kohäsionspolitik, 2024) unterstreicht die Kommission, dass Regionen, die bisher als unterentwickelt galten, das Potenzial haben, wirtschaftliche Führungspositionen einzunehmen, und fügt mit eindeutigen Daten hinzu, dass schätzungsweise 78 % des BIP der Union außerhalb der großen städtischen Zentren erwirtschaftet werden, was in etwa dem Wert der OECD insgesamt entspricht, wo 73 % des Wirtschaftswachstums während des größten Teils dieses Jahrhunderts außerhalb der großen Metropolen stattgefunden hat.

Abgesehen von den Vorteilen für die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften und die Lebensqualität der Bürger hat dies auch enorme Auswirkungen auf die Umwelt. Die Regionalpolitik ist, wenn sie wirksam umgesetzt wird, ein privilegierter Bereich, in dem sie sowohl zur Erhaltung als auch zur Verbesserung der Umwelt beitragen kann, indem sie vermeidbare Überlastung und Lokalisierung beseitigt und eine bessere Nutzung der Ressourcen der Länder fördert, wobei der Schwerpunkt auf dem Faktor Mensch liegt (daher „berücksichtigt die Union bei der Entwicklung ihrer Umweltpolitik [...] die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Union als Ganzes sowie die ausgewogene Entwicklung ihrer Regionen“ (Artikel 191 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union)).

Manuel Porto

ELDR, EPP-ED, Portugal

(1989-1996, 1996-1999)

mporto@fd.uc.pt

DIE EHRlichkeit DER ÖFFENTLICHEN RECHNUNGSLEGUNG UND DIE NOTWENDIGKEIT DER TRANSPARENZ SEITENS DER GEWÄHLTEN VERTRETER

Europa ist ein geografischer Kontinent, der sich aus zahlreichen politischen Strukturen zusammensetzt: nationalen, insbesondere den Staaten, und lokalen, wie den Regionen, mit einer besonderen Einheit, der Europäischen Union (EU).

Nach zahlreichen Krisen (Finanz-, COVID-, Migrations- und Kriegskrisen usw.) hat die EU reagiert und ihre Widerstandsfähigkeit gestärkt, indem sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten alle möglichen Instrumente geschaffen hat, um sich auf schwerwiegende Krisen unterschiedlicher Art vorzubereiten, die multidimensional und hybrid sein können, Kaskadeneffekte haben oder gleichzeitig auftreten können.

Seit dem Beitritt zahlreicher Mitgliedstaaten in den Jahren 2005 und 2007, der auf den Fall der Berliner Mauer im November 1989 folgte, sind die öffentlichen Finanzen unter Druck geraten, mit einer noch nie dagewesenen Staatsverschuldung, die nach Ansicht vieler Bürger und einiger politischer Parteien außer Kontrolle geraten ist, ohne dass die Rating-Agenturen - anders als bei der griechischen Schuldenkrise - ernsthafte Bedenken geäußert hätten. Die ausufernde griechische Staatsschuldenkrise ist sehr aufschlussreich.

Sie begann während der Weltwirtschaftskrise 2008 und entfaltete sich in einem Griechenland, das durch hohe Schulden und ein großes Haushaltsdefizit (über 13 % des BIP) belastet war. Griechenland trat der Europäischen Union (früher EWG) 1981 und der Eurozone 2001 (nach einigen Höhen und Tiefen) bei. Die griechische Regierung verheimlichte diese Tatsache bei der Darstellung ihrer Staatsverschuldung, insbesondere durch die Aufnahme von außerbilanziellen Mitteln und durch Finanzinstrumente, die von der Investmentbank Goldman Sachs entwickelt wurden, was zur Verschärfung der Krise beitrug.

Das Ausmaß der strukturellen Probleme des Landes, seine Schwierigkeiten bei der Steuererhebung, sein überdimensionierter Militärhaushalt und seine Abhängigkeit von den europäischen Strukturfonds sind starke Komponenten der griechischen Krise in der Eurozone. Diese Kultur der Korruption in der Staatsführung ist die Ursache für die anhaltenden Lügen über den Zustand der griechischen Staatsfinanzen. Um der Eurozone beizutreten, legte Griechenland im Jahr 2000 falsche Statistiken vor und halbierte sein Haushaltsdefizit. Die Regierung gab diese Lüge 2004 zu, war aber nicht besonders besorgt. Nur Eurostat hat sich stets geweigert, die griechischen Konten zu validieren. Im Jahr 2004 löste das Eingeständnis keine Reaktion auf den Märkten aus: Die Krise war noch nicht da. Doch Ende 2010 löste die Ankündigung der neu gewählten sozialistischen Regierung, das Defizit sei doppelt so hoch wie erwartet, eine Welle der Panik aus, die den Spread, also die Differenz zwischen den Kosten

der griechischen Schulden und dem Benchmark-Zins der Eurozone, dem deutschen, in die Höhe schnellen ließ.

Am 15. Dezember stufte die Ratingagentur Fitch Griechenland zum ersten Mal für ein europäisches Land unter A herab. Das Rating Griechenlands durch die drei großen US-Agenturen sank weiter.

Griechenland soll die Hilfe der US-Investmentbank Goldman Sachs in Anspruch genommen haben, um seine Daten zu fälschen, die im Gegenzug rund 300 Millionen Dollar an Provisionen erhielt, wie aus dem Artikel der New York Times hervorgeht, der die Affäre aufdeckte.

Ein weiteres Beispiel ist die französische Region Poitou-Charentes. Im Zuge der Reform zur Schaffung der Großregionen (Gebietsreform 2014 mit Wirkung zum 1. Januar 2016) wurden in der ehemaligen Region Poitou-Charentes finanzielle Exzesse entdeckt.

In einem im Dezember 2016 veröffentlichten Bericht schätzte der regionale Rechnungshof schließlich die Höhe der falsch verbuchten und von einem Haushaltsjahr auf das nächste übertragenen Beträge auf 111 Millionen Euro; das sind 17 % der jährlichen Ausgaben der Behörde.

Eine weitere Kuriosität des öffentlichen Rechnungswesens, die mich erstaunt hat, ist die der Europäischen Union (EU), die konsolidierte Abschlüsse erstellt, weil sie seit dem Vertrag von Lissabon 2009 Rechtspersönlichkeit besitzt, und die zur allgemeinen Gleichgültigkeit der Märkte und insbesondere der Rating-Agenturen Abschlüsse mit deutlich negativem Eigenkapital veröffentlicht.

Wenden wir uns nun dem Zeitplan für die Entlastung zu: Die Abstimmung über die Entlastung durch das Europäische Parlament findet innerhalb der ungewöhnlich langen Frist von 15 Monaten nach Rechnungsabschluss statt.

Aber was den Inhalt des konsolidierten Jahresabschlusses der EU betrifft, wie lange kann eine solche öffentliche Einrichtung ihr AA+-Rating aufrechterhalten, wenn sie seit vielen Jahren negative Eigenmittel aufweist?

So waren die Eigenmittel zum 31.12.22 mit 131,3 Milliarden Euro negativ (30 % der Bilanzsumme), was einem Anstieg von 49 Milliarden Euro gegenüber dem 31.12.21 entspricht.

Diese Situation ist vor allem auf die in den EU-Konten zurückgestellten und von den Mitgliedstaaten nicht gedeckten Personalrenten zurückzuführen.

Diese Situation ist vor allem auf die in den Konten der EU vorgesehenen und von den Mitgliedstaaten nicht gedeckten Pensionen sowie auf die Darlehen im Zusammenhang mit den nicht rückzahlbaren Beihilfen zurückzuführen, die im Jahr 2022 im Rahmen von

NextGenerationEU (Europäisches Konjunkturprogramm für die Zeit nach der Krise - 750 Mrd. Euro: 360 Mrd. in Form von Darlehen an die Mitgliedstaaten und 390 Mrd. in Form von Zuschüssen) gezeichnet wurden: Mit anderen Worten, die EU hat ungedeckte künftige Verpflichtungen und verursacht Betriebskosten durch die Aufnahme von Krediten, ohne dass die ursprünglich vorgesehenen Eigenmittel vollständig eingesetzt wurden.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie dringlich es ist, über die Seriosität der öffentlichen Rechnungslegung nachzudenken, ohne die die Klarheit der gewählten Vertreter auf eine harte Probe gestellt wird.

Wie wir in Frankreich und wahrscheinlich auch anderswo sagen, "gute Rechnungen machen gute Freunde".

Jean-Pierre Audy

EPP, Frankreich (2005-2014)

audyjp@yahoo.fr

DIE FINANZLAGE EUROPAS UND DER GRÜNE WANDEL

Die öffentlichen Finanzen in der EU sind in keinem guten Zustand. Im Jahr 2007 lag die durchschnittliche Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP in der EU nahe am Maastricht-Ziel von 60 %. Nach zwei gewaltigen fiskalischen Schocks, ausgelöst durch die Finanzkrise 2008 und Covid, ist der Schuldenstand in der EU nun auf 84 Prozent des BIP gestiegen. Und das trotz jahrelanger Sparmaßnahmen, mit denen versucht wurde, die öffentliche Verschuldung einzudämmen.

In Frankreich liegt die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP inzwischen bei über 110 % und in Italien bei über 140 %, wobei das BIP beider Länder seit der Finanzkrise 2008 um 40 % gestiegen ist. Die Kreditwürdigkeit Italiens wird von S&P mit BBB bewertet, während Frankreichs Kreditwürdigkeit gerade von AA auf AA- herabgestuft wurde, da man befürchtet, dass die Staatsverschuldung bis 2027 weiter steigen wird. In anderen Ländern wie Belgien, Griechenland, Spanien und Portugal liegt die Verschuldung im Verhältnis zum BIP bei über 100 %.

Was sind die Folgen dieser allgemeinen Sparpolitik und Haushaltsschwäche? Einige Beobachtungen auf hohem Niveau:

1. Die wirtschaftliche Austerität hat die Qualität der europäischen Infrastruktur untergraben. Es besteht ein Defizit an Investitionen in Infrastruktur, Schulen und Krankenhäuser.
2. Die Kürzungen im öffentlichen Sektor und die reduzierten Investitionen haben die Arbeitslosigkeit und die Ungleichheit erhöht.
3. Die alternde Bevölkerung in Europa übt ebenfalls Druck auf die öffentlichen Haushalte aus. Die Inflation im Gesundheitswesen lag in der EU in der Regel 1 % pro Jahr über der Verbraucherpreisinflation, was zu immer höheren Gesundheitsbudgets führte. Die Sparmaßnahmen haben diesem Trend entgegengewirkt und insbesondere den Zugang zu den Gesundheitsdiensten verschlechtert.

Welche Lehren können wir aus dieser Erfahrung für die Zukunft ziehen?

Eine erste Lehre ist sicherlich, dass wir bei der Gestaltung der öffentlichen Haushalte Vorsicht walten lassen müssen. Wirtschaftswachstum würde dazu beitragen, die Steuerlast der vergangenen Jahre zu verringern, aber leider wächst die EU-Wirtschaft nur langsam. Daher müssen Prioritäten gesetzt werden, um sicherzustellen, dass die wertvollsten Aktivitäten beibehalten werden, auch wenn andere vorübergehend reduziert werden.

Im Rahmen dieser umfassenderen Überlegungen sind einige Fragen von so existenzieller Natur, dass ihre Behandlung keinen Aufschub duldet. Ein Paradebeispiel ist aus offensichtlichen Gründen die Notwendigkeit, die Verteidigungskapazitäten der EU zu stärken. In den letzten zehn Jahren hat Polen seine Verteidigungsausgaben um 2 Prozent des BIP auf fast 4 Prozent erhöht. Im gleichen Zeitraum haben Ungarn, die Slowakei und Finnland ihre Militärausgaben um 1 % des BIP oder mehr erhöht, und der deutsche Verteidigungshaushalt ist von 1,2 % des BIP im Jahr 2014 auf 2 % in diesem Jahr gestiegen. Achtzehn EU-Länder werden nun das NATO-Ziel erreichen, 2% des BIP für die Verteidigung auszugeben, während es 2014 nur drei waren. Die Mittel werden aufgebracht, wenn der politische Wille vorhanden ist. Es gibt einen weiteren Bereich, der grundlegende Herausforderungen für die Erhaltung unserer Lebensqualität mit sich bringt, dem aber vielleicht nicht die gleiche Aufmerksamkeit zuteil wird: der Kampf gegen den Klimawandel. Die globalen Durchschnittstemperaturen haben im Wesentlichen bereits die Schwelle des im Pariser Abkommen festgelegten Anstiegs um 1,5 °C erreicht.

Auch wenn die jüngsten Daten eine Ausnahmesituation darstellen, ist der langfristige Trend nach oben gerichtet, und das 1,5°C-Ziel wird in diesem Jahrzehnt durchweg überschritten werden. Bei der derzeitigen Politik wird der Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts wahrscheinlich eher zwischen 2,5 und 3 °C liegen als unter 2 °C.

Die Folgen der globalen Erwärmung werden sehr viel häufigere extreme Wetterereignisse sein, von Überschwemmungen über Dürren und Sturmfluten bis hin zu Waldbränden. So wird beispielsweise ein Sturm, der heute nur einmal in 100 Jahren auftritt, in weiten Teilen des europäischen Kontinents alle paar Jahre auftreten. Besonders besorgniserregend sind extreme Hitzewellen und ihre Folgen für gebrechliche und ältere Menschen. Die letzten Jahre haben uns bereits eine Vorstellung davon gegeben, was uns bevorsteht.

Kann der EU-Haushalt helfen, wenn die nationalen Haushalte stark eingeschränkt sind? Die EU-Mittel stammen zwar von den Mitgliedstaaten, aber die Formel für die Festlegung des EU-Haushalts sieht seit mehreren Jahrzehnten ein relativ stabiles Budget von 1 % des BIP der EU vor. Etwa 30 % werden für Klimaschutzmaßnahmen bereitgestellt. Die nächste Generation der EU hat die Mittel aufgestockt, aber das wird bald zu Ende gehen. Andere Quellen von EU-Mitteln, insbesondere die Einnahmen aus dem Europäischen System für den Handel mit Kohlenstoffemissionen. Beispiele sind der Innovations-, Modernisierungs- und der soziale Klimafonds. Diese stellen weitere 0,1 % des BIP bereit.

Wie lassen sich diese Zahlen mit dem Ausmaß des Problems vergleichen?

Erstens, ein paar Größenordnungen. Die Europäische Kommission schätzt, dass sich die für den ökologischen Übergang erforderlichen Investitionen auf etwa 1 Billion Euro pro Jahr belaufen, was im Durchschnitt etwa 5 % des BIP pro Jahr für die nächsten Jahrzehnte

entspricht. Diese Zahl ist dreimal so hoch wie die Investitionen, die in den letzten Jahren tatsächlich getätigt wurden.

Es ist jedoch nicht klar, wie viel von dieser Milliarde Euro tatsächlich zusätzlich ist und nicht an die Stelle von Investitionen tritt, die sonst getätigt worden wären: Es handelt sich eher um eine Änderung des Handelns als um ein Mehr an Handlung an sich. Wenn beispielsweise ein Bus ohnehin angeschafft worden wäre, besteht die zusätzliche Investition in der Erhöhung des Preises eines Elektrobusses gegenüber einem Diesibus und nicht im Gesamtpreis des Busses. Wenn man davon ausgeht, dass die zusätzlichen Investitionen 2,5 % des BIP entsprechen, würde der EU-Haushalt etwa ein Sechstel der Gesamtkosten übernehmen. Dabei ist zu beachten, dass es sich nur um die Kosten für umweltfreundliche Ausrüstungen handelt, nicht aber um die Investitionen, die für den Aufbau umweltfreundlicher Produktionskapazitäten in Europa erforderlich sind, wenn dies ein strategisches Ziel ist. Der Zweck dieser rückblickenden Berechnungen ist es, eine Vorstellung von den Größenordnungen zu vermitteln. Wir können daraus schließen, dass das EU-Budget für den grünen Übergang zwar beträchtlich ist, aber nur einen kleinen Teil dessen ausmacht, was zur Lösung des Problems erforderlich ist. Es ist normal, dass der Privatsektor der Hauptinvestor ist, aber es ist von entscheidender Bedeutung, dass die EU-Gelder in den Bereichen eingesetzt werden, in denen die Unterstützung am dringendsten benötigt wird - dort, wo das größte Marktversagen besteht - und wo sie die größte Hebelwirkung auf den Privatsektor ausüben können. Ein gutes Beispiel ist die Ökologisierung des Wohnungssektors, wo öffentliche Gelder dazu beitragen können, Informationslücken zu schließen und die Kreditvergabe der Banken an Haushalte zu unterstützen.

In den oben genannten Zahlen sind auch die Investitionen nicht enthalten, die zur Anpassung an den Klimawandel erforderlich sind. Hier geht es vor allem um den Schutz der Städte vor Überschwemmungen und extremer Hitze. Dabei handelt es sich größtenteils um öffentliche Investitionen aus den kommunalen Haushalten. Es ist schwierig, Gesamtzahlen zu erhalten, aber es ist sicher, dass sie sich europaweit auf mehrere zehn Milliarden Euro belaufen werden. So hat beispielsweise Kopenhagen rund 145 Millionen Euro in seine Hochwasser- und Regenwassermanagementprojekte investiert, und Barcelona verfügt über ein Budget von 230 Millionen Euro für grüne Infrastruktur- und Stadtparkprojekte, die dazu beitragen sollen, den Wärmeinseleffekt abzuschwächen und die Widerstandsfähigkeit gegen extreme Wetterereignisse zu verbessern. Wenn wir diese Zahl auf Tausende von Kommunen ausdehnen, können wir uns ein Bild vom Ausmaß des Problems machen.

Obwohl die nordischen Städte über größere lokale Steuerbefugnisse verfügen, sind die Haushalte der meisten EU-Städte stark von zwischenstaatlichen Subventionen abhängig. Sie machen oft mindestens die Hälfte der Ausgaben aus, wenn nicht sogar 60-70 %.

Die insgesamt schlechte Haushaltslage der Mitgliedstaaten wirkt sich auch auf die Städte aus. Daher ist es ein zentrales politisches Anliegen, Wege zu finden, wie die Städte aus den Verbesserungen, die sie an der lokalen Umwelt vornehmen, Einnahmen erzielen können, die zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen beitragen.

Wir haben die öffentlichen Finanzen auf nationaler, europäischer und lokaler Ebene kurz analysiert. Wir gehen von einer Situation schwacher nationaler Haushalte aus, und die Aussichten auf eine höhere öffentliche Kreditaufnahme zur Deckung von Investitionen sind sehr begrenzt. Auch die Städte sind bei der Finanzierung ihrer Haushalte in hohem Maße auf zwischenstaatliche Zuschüsse angewiesen, so dass sie ebenfalls mit Einschränkungen konfrontiert sind. Der EU-Haushalt ist von diesem Druck abgeschirmt, aber er ist klein.

Gleichzeitig stehen wir vor ernststen Herausforderungen durch den Klimawandel. Wir müssen investieren, um den Klimawandel einzudämmen, aber auch, um uns an die unvermeidlichen großen Veränderungen unseres Klimas anzupassen.

Dies erfordert eine Politik, die die Wirkung der uns zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel maximiert, die Erkundung von Möglichkeiten, öffentliche Gelder als Hebel für private Investitionen zu nutzen, und die Erhöhung der Einnahmehasis der Städte. Die Kosten der Untätigkeit sind hoch, und die Notwendigkeit, die aufgelaufenen Unterinvestitionen aufzuholen, wird die finanzielle Zukunft nur verschlechtern.

Wir müssen die Bewältigung des Klimawandels so sehen, dass wir unsere Wirtschaft auf Kriegsfuß stellen und ihm in unserer Planung die gleiche Priorität einräumen.

Christopher Hurst

Senior Fellow, Schule für

Transnationales Regieren,

Europäisches Hochschulinstitut,

Florenz

Christopher.HURST@eui.eu